Mittwoch, 9. Oktober.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.
Beilagen: Illustrierte Unterhaltungs-Beilage (wöchentlich), Verlosungsliste von Wertpapieren (3 mal monatlich).
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
Verlag u. Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: Achttägiger Probeversand des Westfälischen Merkur gratis und franko. Bestellungen mit deutlicher Adressenangabe wolle man richten an die Geschäftsstelle, Königstraße 59.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Redaktion Nr. 203, Geschäftsstelle Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Morgen-Ausgabe.** 91. Jahrgang.

1912. — Nr. 513.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 3,00; auswärts bei allen deutschen Postämtern ℳ 3,50.
Zweimonatlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 2,00; auswärts durch die Post (jedoch nur für die beiden letzten Monate eines Quartals) ℳ 2,34.
Einmonatlich: In Münster ℳ 1,00; auswärts durch die Post (für jeden einzelnen Monat des Quartals zulässig) ℳ 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, an den Bahnhöfen rc. à Exemplar 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklamezeile 75 ₰.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Montenegro erklärt den Krieg!

London, 8. Okt. (Telegr.) Das „Reuter-Bureau" erhielt aus Cetinje die Nachricht, der montenegrinische Geschäftsträger habe heute vormittag in Konstantinopel die Kriegserklärung überreicht.

Hierzu bemerkt das Wolffsche Telegraphenbureau, eine anderseitige Bestätigung der Nachricht liegt nicht vor.

Cetinje, 8. Okt. (Telegr.) Das „Wiener Korrespondenzbureau" meldet: Der montenegrinische Geschäftsträger Klamenatz verläßt heute Konstantinopel. Dem hiesigen ottomanischen Geschäftsträger Halil Bey wurden die Pässe ausgestellt.

≠ Das Verdikt des Evangelischen Bundes.

Die Jubelversammlung des Evangelischen Bundes in Saarbrücken hat am Samstag ihr Verdikt über den Jesuitenorden gesprochen. Professor Dr. Ortmann-Torgau ließ sich in seinem Referat über die gesetzliche Regelung der Jesuitenfrage und die Abwehr des Jesuitismus kein Mittel entgehen, um den „Furor protestanticus" gegen die Jesuiten in seinen tiefsten Tiefen aufzuwühlen; wir haben das schon in dem Berichte über die Saarbrücker Tagung gekennzeichnet. Es fehlte denn auch nicht an Einmütigkeit bei Annahme der Resolution, in welcher der Evangelische Bund „im Namen seiner fast 500 000 Mitglieder wider die beim Bundesrat und Reichstag eingebrachten Anträge auf Abschwächung und Aufhebung des Reichsjesuitengesetzes" Widerspruch erhebt.

Wir hatten vom Evangelischen Bund nichts anderes erwartet; auch nicht, daß er mit weniger Gehässigkeit und größerer Sachlichkeit die Jesuitenfrage behandelt hätte. Der Bund ist längst als Hetzverein bekannt, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, gegen die katholische Kirche und ihre Einrichtungen zu kämpfen. Es ist ein Streit gegen die katholische Kirche und das katholische deutsche Volk, wenn der Evangelische Bund in solch frivoler Weise für die Aufrechterhaltung des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten eintritt. Wir Katholiken fordern den Fall dieses Gesetzes und müssen ihn fordern, nicht weil es sich um Jesuiten handelt, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht, sondern weil das Jesuitengesetz eine Verkümmerung der göttlichen Rechte der Kirche bedeutet, deren freie Entfaltung und Betätigung kein Staat zu hemmen das Recht hat. Gegen den Protest der 500 000 verhetzten Mitglieder des Evangelischen Bundes verlangen 20 Millionen deutscher Katholiken mit mindestens derselben Einmütigkeit die Anerkennung der Rechte ihrer Kirche und die Zulassung des Jesuitenordens. Der Evangelische Bund stellt noch lange nicht das evangelische Deutschland dar; im Gegenteil, in den Reihen der evangelischen Deutschen mehren sich die Stimmen, die in objektiver Würdigung der Verhältnisse mit den Katholiken die Zulassung der Jesuiten in Deutschland verlangen, die eingesehen haben, daß das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten noch lange nicht deshalb zu Recht besteht, weil es auf regulärem Wege zustande gekommen ist und die nicht mit einstimmen wollen in das Geschrei: „Wir haben ein Gesetz, und nach diesem Gesetz muß er sterben." Die „Deutsche Tageszeitung", die doch jedenfalls nicht im Verdacht ist, evangelische Interessen nicht entschieden zu vertreten, schreibt noch in ihrer Montagsnummer vom 7. Oktober in einer Vorbemerkung zu einem Artikel eines estländischen evangelischen Deutschen v. Wrangell über das Jesuitengesetz in Deutschland:

„Unsererseits sind wir zudem der Meinung, daß es im Deutschen Reiche Lehren und Organisationen gibt, die sehr viel gefährlicher und zerstörender wirken, als die jesuitischen. Selbst wenn alles wahr wäre, was den Jüngern Loyolas mit leicht durchschaubarer Absicht zu Unrecht angedichtet wird. Nicht nur der Staat, sondern auch die evangelische Kirche hätte alle Ursache, das Wesen dieser schlimmeren Feinde für unser Volksleben zu erforschen und aus der gewonnenen Erkenntnis die nötigen Schlüsse zu ziehen."

Der Verfasser des Artikels selbst, Wirkl. Staatsrat a. D. v. Wrangell, betont, daß es sich jetzt in Deutschland um die politische Frage handelt:

„Wird das Deutsche Reich in seiner Stellung nach innen und außen geschädigt oder gefördert durch die Beibehaltung der Ausnahmegesetze? Wird das deutsche Volk in seinen sittlichen Werten gefördert oder gefährdet durch Zulassung der Jesuiten in Schule und Seelsorge? .... Von den Katholiken Deutschlands werden diese Ausnahmegesetze schmerzlich empfunden und nehmen dem Deutschen Reich den Charakter des paritätischen Staates, lassen ihn antikatholisch erscheinen .... Sind nicht die wirklichen Gefahren der Jetztzeit im Schwinden jeglicher Ehrfurcht, in der Herrschaft des rohesten Materialismus, der die Befriedigung leiblicher Genüsse als einzigen Lebenszweck ansieht, zu suchen? Und sind nicht im Kampfe gegen diese wirklichen Uebel die Jesuiten mit ihren vorzüglich geleiteten Schulen und ihrer Anpassungsfähigkeit an die Forderungen der Zeit erwünschte Bundesgenossen allen denen, welche die heranwachsende Jugend vor allem in religiösem Geiste erzogen wissen wollen? .... In geistige Fesseln schlagen läßt sich die europäische Menschheit nicht mehr, dagegen droht ihr wohl die Gefahr, in geistige Zuchtlosigkeit zu verfallen. Die Zulassung der Jesuiten ins Deutsche Reich wäre nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch ein wirksames Mittel, um dieser drohenden Gefahr zu steuern."

Wir sind überzeugt, daß die mutigen und ehrlichen Worte eines evangelischen Deutschen, die ein gewiß unverdächtiges evangelisches Organ zum Abdruck brachte, in den Herzen tausender Evangelischen ein zustimmendes Echo finden werden. Die Zeiten sind wahrlich zu ernst, um die konfessionellen Zwistigkeiten in den Vordergrund des Kampfes zu drängen, wie es der Evangelische Bund anscheinend beruflich tut. . . Wir hegen die Hoffnung, daß der Bundesrat auf die Stimmen der Katholiken Deutschlands und eines sehr großen Teiles auch der evangelischen Bevölkerung mehr Gewicht legen wird, als auf die aus konfessionellem Haß geborene Resolution des Evangelischen Bundes. Die Störer des konfessionellen Friedens sind wahrlich nicht die Jesuiten, sondern jene Leute, die unter dem Vorwand der Wahrung des konfessionellen Friedens durch giftige Hetz- und Schmähreden den großen Volksteil der anderen Konfession auf das Empfindlichste kränken und beleidigen.

Ein Kampf mit Phrasen soll nach der neuesten Kampfmethode des Evangelischen Bundes unsere Bekämpfung des Jesuitengesetzes als eines Ausnahmegesetzes sein. In langen Ausführungen sucht der alte Kulturkämpfer und Evangeliibündler Dr. v. Campe im „Tag" (Nr. 235) nachzuweisen, daß das Jesuitengesetz allerdings ein Ausnahmegesetz, aber lange nicht das einzigste sei; Ausnahmen gäbe es in jedem Rechtszweige. Darüber brauchte Herr v. Campe uns nicht zu belehren, er dürfte aber ziemlich allein stehen mit der Behauptung, zwischen den Ausnahmebestimmungen, deren kein Rechtszweig entraten kann, und den odiösen Ausnahmegesetzen, die das Volk mit diesem Namen benennt, sei kein Unterschied vorhanden. Wir möchten einmal sehen, wie schnell Herr v. Campe bei der Hand sein würde, diesen Unterschied uns haarklein vorzudemonstrieren, wenn ein Reichsgesetz den Evangelischen Bund wegen andauernder Störung des konfessionellen Friedens des Landes verweisen würde. Das Jesuitengesetz ist ein Ausnahmegesetz, weil es gegen das Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 und das Reichsgesetz über die Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 verstößt, zudem verletzt es den allgemeinen Satz der preußischen Verfassung, daß die Kirchengesellschaften ihre Angelegenheiten selbständig zu verwalten haben.

„Der Jesuitenorden gefährdet nach mehrhundertjähriger Erfahrung der Geschichte, nach seinem Zweck, zum mindesten nach der tatsächlichen Pflege seiner Ordenstätigkeit diese Interessen, (d. h. „den religiösen Frieden, die Parität und den Schutz der Staatsbürger gegen Verkümmerung ihrer Rechte durch geistige Gewalt".). Man weise nach, daß dies nicht der Fall sei."

Nicht so, Herr v. Campe, beweisen Sie zunächst Ihre Anklage! Das ist bisher weder Ihnen noch einem Ihrer Gesinnungsgenossen gelungen. Es ist wirklich billig und leicht, mit generellen Anschuldigungen einen ganzen Stand zu verdächtigen und bei urteilslosen Menschen verhaßt zu machen; gerecht ist das nicht.

Deutschland.

Berlin, 8. Okt.

§ **Beamteneid und Sozialdemokratie.** Die staatsbürgerliche Stellung des öffentlichen Beamten war von jeher eine Frage, über die die Meinungen weit auseinandergehen. Die letzten Reichstagswahlen sowie die neuerlichen Vorkommnisse in Bayern, wo der Minister mit aller Deutlichkeit erklärt hat, daß Sozialdemokraten nicht zu Beamtenstellen gelangen können, hat die Frage wieder aktuell werden lassen. An sich wird man dem Beamten das Recht auf parteipolitische Betätigung nicht abstreiten können. Auch die Behörden haben sich auf den Standpunkt der Anerkennung dieses Rechtes gestellt. Allerdings wird man bei der politischen Betätigung der Beamten, speziell bei der politischen Agitation eine größere Zurückhaltung verlangen können. Bismarck sagte in seiner Reichstagsrede vom 24. Januar 1882, worin er den Beamten das Recht auf parteipolitische Betätigung zugestand: „Man erwartet von dem Beamten nicht, daß er sich jeder Agitation enthalte, sondern nur, daß er nicht in würdeloser Weise Agitation treibe, nicht sein Amt mißbrauche und nicht Handlungen in der Wahlbewegung vornehme, die mit dem Verfahren eines anständigen Mannes im allgemeinen und mit der Achtungsstellung eines Beamten im besondern nicht im Einklang stehen." Man wird es dem Beamten auch nicht untersagen dürfen, sich in einer Partei zu betätigen, die zwar im allgemeinen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung steht, aber in einzelnen Fragen anderer Meinung als die Regierung ist. Die Zeiten, wo man glaubte, das Beamtentum zum „gouvernementalen Stimmvieh" degradieren zu können, das mit der Regierung durch dick und dünn geht, sind vorbei. Man wird daher dem Beamten die Betätigung innerhalb unserer bürgerlichen Parteien freistellen müssen. Aber es verträgt sich nicht mit dem Wesen des Beamteneids sich innerhalb einer Partei zu betätigen, die, wie die Sozialdemokratie, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich ablehnt. Bei den letzten Reichstagswahlen sind Stimmen laut geworden, der Beamte dürfe ruhig sozialdemokratisch wählen. Dr. Potthoff, der frühere freisinnige Abgeordnete, hat in einem persönlichen Schreiben die Beamten aufgefordert, sozialdemokratisch zu wählen. Man begründet diesen Standpunkt damit, daß der Beamteneid nur dem bestehenden Staat geleistet sei, die Sozialdemokratie wolle aber den bestehenden Staat verbessern, folglich dürfte der Beamte auch sozialdemokratisch wählen. Demgegenüber muß jedoch betont werden, daß der Beamteneid dem Herrscher persönlich geleistet wird und der Beamte der Verfassung Treue schwört, was sich aus der Fassung des Beamteneids klar ergibt. Es wäre falsch, das in dem Beamteneid geleistete Versprechen so auszulegen, als ob der Beamte nur zur vollen Erfüllung der Beamtenpflicht gehalten sei. Das Versprechen geht vielmehr weiter und begreift auch die höhere Treue in sich, die in der Verteidigung der Staatsform gegen alle innern und äußern Einflüsse besteht. Es ist ein unlöslicher Widerspruch, daß der Beamte in seinem Amte die Interessen des Staates fördern müsse, außerhalb desselben aber diesen Interessen entgegenwirken dürfte. Kein Mensch hindert den Beamten, sich im Sinne der Sozialdemokratie zu betätigen, aber dann bleibt ihm nur ein Ausweg: auf sein Amt zu verzichten. Das ist auch die Stellung der Behörden wie der Beamtenorganisationen. Wenn man auch im Falle der Stichwahl zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten nicht aus dem Beamteneide für den Beamten die direkte Pflicht ableiten kann, in diesem Falle für den bürgerlichen Kandidaten einzutreten, so wird man doch aus allgemein staatsbürgerlichen und sittlichen Gesichtspunkten heraus von dem Beamten verlangen können, bei der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie zu stimmen.

Billiges Brot und Fleisch. Die deutsche Sozialistenpresse weist zurzeit wieder mit Vorliebe auf die billigeren Brot- und Fleischpreise in gewissen Ortschaften des Auslandes hin. Mit Recht bemerkt dazu die „Kreuzzeitung", daß die Sozialistenpresse gar nicht über die Grenze zu gehen braucht, um Preisdifferenzen bei Brot, Mehl und Fleisch aufzuspüren. Wenn sie die Lebensmittelpreise in den verschiedenen Orten Deutschlands, ja selbst in den verschiedenen Stadtteilen Berlins durchmustern wollte, dann würde sie gleiche, vielfach noch stärkere Preisdifferenzen entdecken. Auf die Hervorhebung der Differenzen, die zugunsten Deutschlands sprechen würden, verzichtet die sozialistische Hetzpresse natürlich.

Nationalliberale Großblockträume. Die „National-Zeitung" hat unmittelbar nach der Beratung des sozialdemokratischen Parteitages über das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwahlabkommen die Aeußerungen einiger nationalliberaler Führer mitgeteilt. Einige dieser Aeußerungen wurden vom „Berliner Tageblatt" mit besonderer Befriedigung verzeichnet. Das veranlaßt die „Westfälischen Politischen Nachrichten", die nationalliberale Korrespondenz für Westfalen, einen Aufsatz über Nationalliberale Großblockträume zu veröffentlichen, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Bollert und dem Berliner Amtsgerichtsrat Dr. Liepmann wird von dem „Berl. Tagebl." die Zensur „Sehr gut" erteilt. Herrn. Bollert, weil er „sich nicht scheut, in diesem Zusammenhang das Wort vom Großblock zu gebrauchen" und weil er zu der „seltenen Spielart von Nationalliberalen gehört, die nicht nur das Ziel wollen, sondern auch die Mittel, die zum Ziel führen". Daß diese Mittel nichts anderes sind, als ein nationalliberal-sozialdemokratisches Bündnis durch dick und dünn für die kommenden Landtagswahlen, enthüllt uns verschämt der Lobspruch auf Herrn. Liepmann: „... Dr. Liepmann geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er auf ein bestimmtes Ziel hinweist: die bevorstehenden Landtagswahlen!" Dieses „lebhafte Verständnis im nationalliberalen Lager für die Zukunftsmöglichkeiten" begrüßt das „Berliner Tagebl." als „von vielleicht entscheidender Bedeutung". Die frommen Wünsche des „Berliner Tagebl." werden unerfüllt bleiben. Wirklich! — Die zitierten Stimmen sind weder entscheidend, noch von Bedeutung. Es ist selbstverständlich das gute Recht jedes Nationalliberalen, über Bedeutung und Umfang politischer und taktischer Fragen seine eigene Meinung zu haben und zu äußern, der Partei sehr wenig nützlich aber ist es, wenn man für persönliche Großblockwünsche Propaganda macht, die mit den Grundsätzen und der bisherigen Haltung der Partei in keinerlei Einklang zu bringen sind: Der Parteitag lehnt jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie als programmwidrig ab. Hr. Dr. Friedberg erklärt unter stürmischer Zustimmung: „Für die nationalliberale Partei sei ein Stichwahlbündnis wie das des Freisinns mit der Sozialdemokratie eine Unmöglichkeit." Der Führer Bassermann weist auf derselben Tagung den Gedanken des Großblocks als eine nichtssagende leere Phrase weit von sich. Und Hr. Dr. Bollert? — Und Hr. Dr. Liepmann? Auch des jungliberalen Hern. Dr. Marwitz innerster Herzenswunsch scheint nach einem ähnlichen Ziel zu streben. Was nützt es, daß er in der gleichen Nummer der „Nat.-Ztg." versichert, auch bei etwaiger Stichwahlhülfe dürften wir den Kampf gegen die Roten darum nicht weniger energisch führen und daß er die liberalen Parteien nicht zu einer Hülfstruppe der Sozialdemokratie degradiert wissen will; zwischen diesen beiden Sätzen steht es schwarz auf weiß geschrieben, wohin die Fahrt gehen soll: „Wenn der Chemnitzer Beschluß dennoch vom nationalliberalen Standpunkte aus zu begrüßen (also doch!) ist, so geschieht es, weil er auch für die Zukunft es wahrscheinlich macht, daß nicht wieder einer schwarzblauen Mehrheit die Geschicke des Reiches ausgeliefert werden können." Daß diese Sehnsucht praktisch nicht anders erfüllt werden kann, als durch ein Zusammengehen der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie, weiß auch Hr. Dr. Marwitz. Selbst der „Nat.-Ztg." gehen diese drei Stimmen denn doch etwas zu weit, und so versucht sie in ihrer nächsten Nummer (222 vom 21. Sept. 1912) in einem kurzen Schlußwort zu jenen Aeußerungen nationalliberaler Politiker die Sache so hinzustellen, als ob die Urteile Böttgers, Leidigs, Bollerts, Liepmanns und Marwitz' alle auf das gleiche hinaus liefen: „Ebenso wie die Vertreter des altliberalen Standpunktes haben sich auch die Anhänger der Jungliberalen gegen jeden Pakt ausgesprochen." Wir wünschten die „Nat.-Ztg." hätte recht. Aber leider ist die Druckerschwärze dauerhafter als das Erinnerungsvermögen, das die „Nat.-Ztg." bei ihren Lesern anscheinend voraussetzt.

Die Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen. Wie eine Korrespondenz mitteilt, hat das Kriegsministerium an die Generalkommandos eine Rundfrage gerichtet, die sich auf neue Vorschläge zu einer besonders gearteten Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen bezieht. Es steht in Frage, die Einjährigen innerhalb der Generalkommandos zu besonderen Kompagnien zusammenzustellen, die ein Vierteljahr lang im Winter und im Vorfrühling auf den Truppenübungsplätzen tätig sein sollen. Die eingelaufenen Antworten haben aber im wesentlichen diese Neuerung nicht befürwortet. Es ist geltend gemacht worden, daß die Einjährigen während der Zeit dieser besonderen Ausbildung verhältnismäßig lange dem Verbande ihrer Truppenteile, denen sie angehören, entzogen werden und damit auch dem erzieherischen Einfluß ihrer eigentlichen Vorgesetzten. Ferner würde der neue Vierteljahrskursus die Gestellung von mehr Personal durch die Truppenteile notwendig machen, was sich in der Praxis nicht durchführen lasse und eine nicht durchführbare Schwächung der einzelnen Truppenteile zur Folge haben würde. Schließlich ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Jahreszeit, in der dieser Kursus abgehalten werden müßte, wenig geeignet in gesundheitlicher Beziehung erscheint, da die Einjährigen vielfach nicht genug abgehärtet sind und den Einflüssen der Witterung nicht genügend Widerstand entgegensetzen können.

§ **Ein Reichsgesetz zur Regelung der Wandererfürsorge** wird, wie die „Voss. Zeitung" (Nr. 512) erfährt, bei den beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts vorbereitet. Der Entwurf bewirkt die Einführung von Fürsorgeeinrichtungen für mittellose Wanderer für alle Bundesstaaten, wodurch ein einheitliches Vorgehen auf diesem Gebiete erzielt werden soll. Das württembergische System, das sich außerordentlich bewährt hat und in diesem Sinne Wanderarbeitsstätten ausweist, soll bei der reichsgesetzlichen Regelung besondere Berücksichtigung finden. Alle mittellosen Wanderer haben sich nach den dortigen Bestimmungen bei den Wanderarbeitsstätten zu melden. Da eine genügende Anzahl von Wanderarbeitsstätten — zurzeit im ganzen 37 — in Betrieb ist, ist dies leicht durchführbar. Auf der Arbeitsstätte wird dem Wanderarmen Kost und Unterkunft gewährt, wofür er eine entsprechende Zeit zu arbeiten hat. Jedem Wanderer wird ein Arbeitsschein zur Kontrolle ausgestellt, und auf ihm wird vermerkt, wann er jedesmal die Arbeitsstätte verlassen hat. Es wurden im letzten Jahre 5726 Wanderscheine ausgestellt, und durch die Arbeitsnachweise, die mit den Stätten in Verbindung standen, konnten über 1400 Wanderarme in Stellung gebracht werden. Außer diesen sozialen Vorteilen, die die Fürsorge bietet, ist vor allem auch ein wesentlicher Rückgang der Kosten der Strafrechtspflege festgestellt worden.

Aus dem neuen Jahrgang des protestantischen kirchlichen Handbuchs (Verfasser Prediger Schreiber-Elberfeld) teilt die „Kreuzzeitung" mit, daß die Trauziffer neuerdings stark fällt, während die Taufziffer sich immer noch einigermaßen auf ihrer Höhe hält. Die Gründe findet der Verfasser in den oft abgenötigten Spättaufen. Freilich wird man, meint dazu die „Kreuzzeitung", hier fragen müssen: „Wie lange noch, wenn man bei der Statistik der konfessionellen Verteilung liest (S. 309 ff.), daß zwar 8310 Uebertritte von der katholischen zur evangelischen Kirche erfolgt sind (gegenüber 877 Uebertritten zur katholischen Kirche), gleichzeitig aber 12 296 Angehörige der evangelischen Kirche ausgetreten sind, ohne sich einer andern Religionsgemeinschaft anzuschließen." Aus einigen Tabellen geht mit Deutlichkeit der depravierende Einfluß der Großstädte hervor. „Es wächst in unserm Vaterlande ein neues Heidentum auf." Der Verfasser ist zwar weit davon entfernt, die „christliche Sitte" auf dem Lande mit wirklichem christlichem „Leben" zu identifizieren, er glaubt vielmehr, daß die Großstädte nur rascher die Symptome der Krankheit ans Licht bringen, aber er verkennt doch nicht den kausalen Zusammenhang zwischen dem Zug in die Großstadt und der Entkirchlichung der Massen.

8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften

II.

✕ **Dresden**, 7. Okt.

Nach den Begrüßungsreden erstattete der Generalsekretär des Gesamtverbandes **Stegerwald**-Köln den

Jahresbericht.

Der Bericht enthält zunächst eine Reihe von allgemeinen Bemerkungen, in welchen hervorgehoben wird, daß sich die Periode christlicher Gewerkschaftsgeschichte zusammenfassen läßt in drei Gesichtspunkte, nämlich einen entschiedenen äußeren Aufschwung, durch eine gesteigerte innere Geschlossenheit und als Folge davon eine Festigung der Stellung der Bewegung im Ganzen der Arbeiterbewegung, aber auch des Volks- und Gesellschaftslebens überhaupt. Die Mitgliederzahl stieg von Ende 1908 (260 767) bis 1911 um rund 90 000. Mit dieser äußeren Entwickelung hielt auch die finanzielle Entwickelung gleichen Schritt. Die Jahre der Wirtschaftskrisis mit ihren hohen Anforderungen an die gewerkschaftliche Ueberzeugung der Mitglieder vereinigten alle leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften in dem Bestreben, die gewerkschaftliche Erziehung innerhalb der Organisationen auf einen möglichst hohen Stand zu bringen. Die Ereignisse drängten immer wieder zu öffentlichen Auseinandersetzungen, die auch den einzelnen zur Stellungnahme zwangen, so daß die Bewegung hiervon einen außerordentlichen Nutzen erzielte.

Der Bericht geht dann auf einige besonders beachtenswerte Ereignisse während der Berichtszeit ein, so namentlich auf die Reichsfinanzreform, die den Anlaß zu einem konzentrischen Angriff der Sozialdemokratie auf die christlichen Gewerkschaften gab, ferner auf die Reichsversicherungsordnung, bei der es galt, von dem Stellen großer Forderungen abzusehen und für die Arbeiterschaft schrittweise Vorteile zu erringen. Reichsfinanzreform und Reichsversicherungsordnung wurden von der Sozialdemokratie vorzüglich zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften benutzt. Eine zugkräftige Parole fand sich dann in dem Wort von der angeblichen Rechtsschwenkung der christlichen Gewerkschaften. Die Stellungnahme der letzteren zu den verschiedensten öffentlichen Vorkommnissen wurde dazu ausgenutzt, um auf Grund dieser Parole die Verdächtigung nicht einschlummern zu lassen. Die Sache lag damals so, daß der Sozialismus überall die Oberhand gewonnen hatte. **Nur einmal, und zwar in der** Massenstreikdebatte im Anschluß an die Revolution in Rußland hat es die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung gewagt, dem revolutionären Sozialismus wenigstens formell die Gefolgschaft zu versagen. Der Versuch ist aber teuer zu stehen gekommen, und hat deutlich gezeigt, daß es mit einer wirklich ehrlichen Vertretung reiner Gewerkschaftsinteressen in den freien Gewerkschaften und im Sozialismus ein für allemal vorbei ist. Die christlichen Gewerkschaften haben damals alle Machinationen ihrer Gegner rechtzeitig durchschaut. Als der Ruhrgebietarbeiterstreik in Szene ging, haben die christlichen Gewerkschaften bewiesen, daß man trotz aller Begeisterung für den Massenstreik und den Klassenkampf mit ihnen rechnen müsse. Die Anschauung ihrer Mitglieder hat sich derart gefestigt, daß daran jeder Versuch, sie in ähnliche Pläne zu verstricken, unfehlbar scheitern muß. Läßt man die wichtigeren Vorkommnisse der letzten Zeit Revue passieren, dann muß auch der vorsichtige Beurteiler zu dem Resultat kommen, daß die Bewegung ein großes Stück auf dem Gebiete innerer Geschlossenheit vorwärts gekommen ist. Was in den Kämpfen um die Reichsfinanzreform und die Reichsversicherungsordnung an staatsbürgerlicher und allgemein politischer Schulung seitens der christlichen Arbeiterbewegung unter die Massen getragen worden ist, das werden in vollem Umfang erst die folgenden Jahre zeigen. Die christlichen Arbeiter haben, indem sie sich selbst zu schulen suchen, auch weite Kreise des Volkes mitgeschult und es sind niemals festere und solidere Grundlagen zur Abwehr des Radikalismus gelegt worden, als durch ihre Aufklärungsarbeit. Die prinzipiellen Auseinandersetzungen hatten naturgemäß eine fühlbare Rückwirkung auf die unmittelbare gewerkschaftliche Tätigkeit. Die christlichen Gewerkschaften bekamen die Steigerung des Radikalismus politisch mehrfach zu spüren. Im Buchdruckgewerbe haben die Monopolbestrebungen der Gewerkschaftssozialisten einen solchen Charakter angenommen, daß die Abwehraktion der christlichen Gewerkschaften in der Oeffentlichkeit Beifall finden mußte. Wichtiger aber und für die Zukunft von ungleich größerer Tragweite ist die Tatsache, daß die sozialistischen Einflüsse auf die freien Gewerkschaften eine immer offenkundiger werdende Wandlung in der Auffassung vom Tarifvertrag zur Folge hatten. Der Tarifvertrag soll nunmehr den Bestrebungen des brutalsten Klassenkampfes dienstbar gemacht werden. Die Durchschlagskraft der Aktionen der christlichen Gewerkschaften zeigte sich besonders im Kampf gegen die Mißbräuche der Unternehmer-Arbeitsnachweise, sowie auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Von Bedeutung ist auch das Stellenvermittler- und das Hausarbeitsgesetz; ferner das Versicherungsgesetz für Angestellte und die Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Die Propaganda war auch im abgelaufenen Berichtsjahre eine äußerst rege. — Die Einnahmen des Verbandes stiegen von 4 612 920 ℳ im Jahre 1909 auf 5 490 994 ℳ im Jahre 1910; das Verbandsvermögen 5 365 338 auf 6 113 710 ℳ.

Generalsekretär Stegerwald fügte seinen Ausführungen noch an, daß die christlichen Gewerkschaften weitergehende Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen ablehnen; die jetzigen Bestimmungen reichen vollständig aus. Die Regierungsmaßregeln gegenüber der Fleischnot sind unzureichend. Es muß auswärtiges Fleisch ins Land. (Beifall.)

In der **Diskussion** sprach zuerst **Wieber**-Duisburg, der verlangte daß in Sachen der Fleischteuerung noch mehr von der Reichsregierung geschehen müsse als bisher. Auf der anderen Seite aber müsse man auch betonen, daß gerade diejenigen, welche die lautesten Schreier gewesen seien, am wenigsten geleistet haben, so die Stadt Berlin. Die Metallarbeiter wünschen keine grundsätzliche Aenderung der Schutzzollpolitik. Unser Schutzzollsystem hat sich durchaus bewährt. Wir kämpfen nicht aus irgendwelchen Interessen, sondern nur aus gewerkschaftlichem Gefühl.

Textilarbeiter **Heutmann**-Düsseldorf meint ebenfalls, daß die Zollschranken nicht niedergerissen werden sollen. Das liege auch im Interesse der deutschen Textilarbeiterschaft. Die Wirtschaftspolitik Deutschlands habe einen so starken Charakter, daß sie nicht beweglich gemacht werden könne, und das wäre bei der jetzigen Preissteigerung nötig. Gegen die Teurung müssen energische Mittel angewendet werden; die vorgeschlagenen Mittel werden die Not wohl etwas mildern, aber es fehlt die Einfuhr von frischem Fleisch und die ständige Ueberwachung des Lebensmittelmarktes.

Bergarbeiter Herman **Imbusch**-Essen besprach den letzten Streik im Ruhrrevier, gegen den alle gewerkschaftlichen Gründe gesprochen haben. Wir lassen uns nicht gegen unsere Ueberzeugung zum Streik verleiten. Wenn andere glauben, sie könnten uns gegen unseren Willen in einen Streik verwickeln, dann sind sie auf dem Holzwege. Wir haben uns nicht im Interesse der Arbeitgeber vom Streik ferngehalten, sondern im Interesse der Arbeiter. Die Unternehmer sind nie unsere Freunde gewesen und waren es nie weniger als heute. Ein scharfmacherisches Assessorentum herrscht im Ruhrgebiet. Die gelben Gewerkschaften werden von uns scharf verurteilt; von ihnen trennt uns alles. Sie müssen verurteilt werden im Interesse der Arbeiter, im Interesse der sittlichen und geistigen Hebung der Arbeiter, im Interesse der Industrie und aus religiösen und nationalen Gründen. Leider sympathisieren noch viele Regierungsstellen mit den Gelben, so der Regierungspräsident Kruse in Düsseldorf, der vor kurzem in einem Erlaß sich der Gelben angenommen hat. Bei einem Regierungspräsidenten von Düsseldorf nimmt das allerdings nicht Wunder. Bei der letzten Wahl erschien er weder bei der Haupt- noch bei der Stichwahl, während der Reichskanzler und seine Beamten alle an der Urne erschienen sind. Neue Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen brauchen wir nicht. Die zum Teile ganz unglaublichen Verurteilungen nach dem letzten Bergarbeiterstreik zeigen, daß die jetzt bestehenden Gesetze vollauf genügen. Es ist nur zu bedauern, daß von den Gerichten meist nur die verführten Arbeiter verurteilt und verurteilt werden können, die wahren Schuldigen dagegen nicht gefaßt werden können.

Th. **Krebber**-Berlin-Steglitz, Vertreter der christlichen Gewerkschaften vor dem Reichsversicherungsamt, bespricht die Verhältnisse des Zentralrechtsschutzbureaus und fügt hinzu, das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt stehe von dem Verfahren bei den Schiedsgerichten wenig vorteilhaft ab. Das Verfahren gegen die Verletzten sei bei allen Senaten das denkbar beste. Mit der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes selbst könne man aber in den letzten Jahren nicht zufrieden sein; besonders bei kleineren Verletzungen ist die Rechtsprechung der Schiedsgerichte häufig der des Reichsversicherungsamtes vorzuziehen.

Koch-Hagen führte aus, daß die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeiterfürsorge sehr viel zu wünschen übrig lassen. Man gehe schon soweit, die ärztlichen Gutachten zu beeinflussen. Auch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sei unsozial.

Es wird sodann ein Schlußantrag angenommen. — Der Vertreter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenvereins **Borholz** hat noch um die Unterstützung der Handlungsgehilfen durch die christlichen Gewerkschaften im Kampfe um die volle Sonntagsruhe der Gehilfen und Kaufleute. Er bat um Annahme einer Resolution, in welcher das Einverständnis mit der Forderung ausnahmsloser Ruhe im Handelsgewerbe erstrebt wird und schon jetzt das Ersuchen gestellt wird, an Sonn- und Feiertagen Einkäufe zu unterlassen. — Der zweite Vorsitzende **Behrens** bedauert, eine Entschließung über die Resolution nicht herbeiführen zu können, versicherte aber die Handlungsgehilfen der Sympathien der christlichen Gewerkschaften.

Bei der nun folgenden **Abstimmung** über die vorgelegten Anträge wurden diese zum Teil angenommen, zum Teil dem Ausschuß zur Beratung überwiesen.

Generalsekretär **Stegerwald**-Köln sprach sodann über das Thema **„Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart"**. Er führte aus: Als der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1899 den Charakter als Selbsthilfeorganisation zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bei Gestaltung des Arbeitsverhältnisses ausarbeitete und erklärte, daß solche Organisationen sich weder auf eine parteipolitische Plattform stellen, noch sich auf die Mitglieder einer Konfession beschränken dürfen, setzte sogleich der Kampf ein. Auf parteipolitischem Gebiet sind verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten hervorgetreten, destomehr aber auf konfessionellem Gebiete. In weiten Kreisen des evangelischen Lagers hat man den christlichen Gewerkschaften nichts anderes als Mißtrauen und Vorurteile entgegengebracht, während im katholischen Lager eine Gruppe, die um den Volksverein und die „Kölnische Volkszeitung", die Gewerkschaften unterstützte. Eine andere Gruppe, deren Mittelpunkt der Verband katholischer Arbeitervereine in Berlin war, hat die christlichen Gewerkschaften ebenfalls so energisch bekämpft; eine dritte Gruppe steht teilnahmslos gegenü

Frage „Wie steht es gegenwärtig mit dem Gewerkschaftsfrieden?“ äußerte sich der Redner dahin: Ich weiß es nicht, ich weiß nur, daß Bischöfe, die früher „Berliner“ hießen, immer mehr davon abgekommen sind und heute künstliche Bischöfe auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften stehen, daß im Lager der katholischen Fachabteilungen eine große Entmutigung herrscht und die christlichen Gewerkschaften in der Zukunft bleiben, was sie in der Vergangenheit waren. (Erneute Zustimmung.) Die christlichen Gewerkschaften sind künftig nicht mehr so leicht aus dem Gleichgewicht zu bekommen. Sie werden jetzt von den Fachabteilungen seit 12 Jahren verletzt und schikaniert, so daß sich bei ihnen der Standpunkt vollster Wurschtigkeit herausgebildet hat. Ein die Adresse der Angreifer der christlichen Gewerkschaften sage er: Wenn ihr eure Angriffe wieder aufnehmen wollt, so tut es, ihr schadet letzten Endes der Sache, der ihr dienen wollt, viel mehr als uns. Ihr könnt große Werte im katholischen Lager vernichten. Die christlichen Gewerkschaften können nicht religiöse, also auch nicht katholisch-kirchliche Aufgaben übernehmen, sie lassen sich aber auch ebensowenig als Sturmbock gegen Rom gebrauchen. Der Redner schloß, daß in Deutschland weder leistungsfähige katholische, noch leistungsfähige evangelische Gewerkschaften gebildet werden können. Der Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung werde ausgekämpft zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung. Die christlichen Arbeiter sind in Deutschland eine nationale und wirtschaftliche Notwendigkeit und müssen deshalb gestärkt werden. — Es wurde sodann folgende

Resolution

vorgelegt:

Die christlichen Gewerkschaften sind aus den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands einerseits und aus dem Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung andererseits herausgewachsen. Sie verkörpern nicht die Emanzipationsbestrebungen der Lohnarbeiterklassen nach allen Richtungen, sondern haben gleich bei ihrer Gründung ihre Aufgaben und Bestrebungen auf ein Teilgebiet begrenzt: auf die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern bei der Gestaltung und Fortentwicklung der Arbeitsverhältnisse und was damit zusammenhängt. Die sozialdemokratische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steckt ihre Ziele weiter. Eine Arbeiterbewegung, die in Deutschland sich auf die Dauer neben der sozialdemokratischen behaupten will, muß der weltschauenden sozialdemokratischen Gedankenwelt eine andere ebenso umfassende Gedankenwelt entgegenstellen. Also bedarf die christliche Gewerkschaftsbewegung einer Ergänzung. Diese ist in Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse nur möglich dadurch, daß sich die Arbeiter zur Pflege ihrer staatsbürgerlichen und geistig-sittlichen Ideale ohne Unterschied des Berufs in konfessionellen Arbeitervereinen zusammenschließen, während die wirksame Geltendmachung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter denen umfassenden Zusammenschluß nach beruflichen Grundlagen erfordert, was eine Trennung nach Konfessionen ausschließt. Soll in Deutschland eine nichtsozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Faktor im Gewerbe sein und sich gegenüber den starken neutralen Arbeitgeberverbänden durchsetzen, so kann sie sich nicht auf die Anhänger einer Partei oder auf die Mitglieder einer Konfession beschränken. Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands tritt daher in Sachen des christlichen Gewerkschaftsstreits den Erklärungen des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 3. und 19. Juni 1912 in allen Punkten bei und erklärt: Organisationsform und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu fünfzehnjähriger Praxis bewährt. Die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in Zukunft in den bisherigen bewährten Bahnen.

Nachdem Krankenpfleger **Streiter**-Berlin namens der Protestanten den katholischen Leitern der Gewerkschaftsbewegung volles Vertrauen ausgesprochen hatte, wurde von einer Diskussion abgesehen und die **Resolution einstimmig angenommen.**

Die Verhandlungen wurden hierauf auf morgen vertagt.

Mobilmachung auf dem Balkan.

Konstantinopel, 8. Okt. In **Mazedonien** wurde der **Belagerungszustand** proklamiert.

Konstantinopel, 8. Okt. **Reschid Pascha** ist hier eingetroffen.

Konstantinopel, 8. Okt. Der Beschluß, das Gesetz vom Jahre 1880 in Anwendung zu bringen, rief bei der Partei der Entente Libérale und der Verfassungspartei einen guten Eindruck hervor, nur die Komiteepartei scheint ihn zu mißbilligen. Um den unzufriedenen Teil des Publikums zu beruhigen, veröffentlicht die Pforte eine Erklärung, welche besagt, daß die erforderlichen Reformen geprüft werden. Der Entwurf werde der Zustimmung der Kammer, des Senats und der Sanktion durch den Sultan unterworfen werden. Deshalb dürfe die Bevölkerung sich nicht beunruhigen und durch falsche Darstellungen erregen lassen. — Die griechischen Schiffe, die noch nicht vom Marineministerium beschlagnahmt wurden, hißten die französische Flagge.

Athen, 8. Okt. Das Gerücht, daß ein griechischer Dampfer im Piräus gestürmt und die türkischen Passagiere mißhandelt worden seien, wird in aller Form in Abrede gestellt. Ein Zwischenfall dieser Art ereignete sich nicht.

Cetinje, 8. Okt. (Tel.) Das Wiener Korr.-Bureau meldet: Gestern abend kam es wieder zu **großen Kundgebungen für den Krieg.** Manifestanten verreisten dem König und dem Kronprinzen begeisterte Ovationen und begaben sich dann vor die Gesandtschaften Serbiens, Bulgariens und Rußlands, wo sie den betreffenden Staaten ihre Sympathie zum Ausdruck brachten. Aus dem Auslande melden sich viele Freiwillige. Ein Freiwilligenkorps wurde bereits gebildet. Heute vormittag defilierten vor dem Könige die zur Grenze abgehenden Truppen der Katunsko-Brigade. Der König begrüßte die Soldaten vom Pferde herab. Eine ungeheure Menschenmenge jubelte den vorüberziehenden Truppen zu. Die Militärmusik spielte patriotische Märsche. Kronprinz Danilo und Prinz Peter sind heute nach Podgoritza abgereist. Auch für die Abreise des Königs ins Innere werden alle Vorbereitungen getroffen. Kriegsminister Martinowitsch hat sich nach Antivari begeben.

Sofia, 8. Okt. (Tel.) Der „Köln. Ztg.“ wird von hier gemeldet: Hiesige diplomatische Kreise glauben trotz allem an die **Möglichkeit der Erhaltung des Friedens.** Binnen drei Tagen werden aus Paris Reformvorschläge für Mazedonien erwartet, die Bulgarien Genugtuung geben könnten, wenn es nichts anderes sucht. Als genügende Grundlage könnte das Vilajetgesetz von 1880 dienen, das aber selbst in halbamtlichen Kreisen als ungenügend und lange durch die Ereignisse überholt angesehen wird.

Paris, 7. Okt. Dem „Matin“ wird von seinem nahestehenden Blättern wird erzählt, daß die bulgarische Regierung abermals versucht habe, von einer Pariser Bank ein Darlehen von 5 Millionen zu erhalten. Diese Bank habe dem Finanzminister Klotz davon Mitteilung gemacht, der seinerseits den Ministerpräsidenten Poincaré verständigt habe. Die Bank habe es hierauf abgelehnt, Bulgarien die 5 Millionen zu leihen.

Paris, 8. Okt. Die meisten Blätter sprechen ihre Befriedigung über die von den Großmächten in der Balkanangelegenheit erzielte Solidarität aus, wenn sie auch einigen Zweifel an der Wirksamkeit der beschlossenen Schritte nicht unterdrücken können. Der „Gaulois“ schreibt: Die französische Diplomatie hat sich die Aufgabe gestellt, um jeden Preis ein bisher für unmöglich gehaltenes Einvernehmen zwischen Dreibund und Triple-Entente herzustellen. Es ist ihr gelungen. Dieses Einvernehmen ist zwar nur äußerlich und provisorisch, aber wird immerhin eine hinreichende Dauer für den unmittelbar angestrebten Zweck haben. Mehr verlangen wir nicht. Jaurès schreibt in der „Humanité“: Man muß die französische Diplomatie dazu beglückwünschen, daß sie die Initiative zu dieser Vermittlung ergriff. Sie war dabei von der ersten Stunde an von der Zustimmung Deutschlands unterstützt, das trotz seiner traditionell schonenden Haltung gegenüber der Türkei mit Frankreich darauf besteht, daß die Pforte die notwendigen Reformen ohne Verzug durchführt. Wenn der Schritt der Mächte zum Ziele führt, so wird vielleicht dieses Zusammenwirken Frankreichs und Deutschlands, im Hinblick auf ein europäisches Regime des Friedens und der Gerechtigkeit, das bedeutsamste Ereignis der letzten Jahre sein. Auch England hat weise eingegriffen, um alles hintanzuhalten, was die Empfindlichkeit der Türkei verletzen könnte, und man darf annehmen, daß die russische Diplomatie eines gewissen Mutes bedurfte, um nach den aufreizenden Umtrieben des Panslavismus in den Balkanländern zum Frieden zu raten. Das Einvernehmen der sechs Großmächte ist demnach eine erfreuliche und wichtige Tatsache. Hoffentlich wird es ihm gelingen, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern. An den nächsten Ereignissen werden wir sehen, ob dieses Einvernehmen tiefgehend und aufrichtig ist.

Paris, 8. Okt. Dem „Matin“ wird von seinem Sonderberichterstatter aus Sofia gemeldet: Obwohl die bulgarische Regierung behauptet, die Note der Mächte amtlich noch nicht erhalten zu haben, scheint sie doch von ihrem Inhalt Kenntnis zu besitzen, denn sie bereitet bereits einen ihren ursprünglichen Forderungen entsprechenden Gegenvorschlag vor.

Berlin, 8. Okt. (Tel.) Von unterrichteter russischer Seite wird die Nachricht der „Petersb. Ztg.“, wonach die russische Staatsbank der Bulgarischen Nationalbank im Auslande einen Kredit von 25 Millionen Francs eröffnet hätte, als völlig **aus der Luft gegriffen** bezeichnet.

(Weitere Meldungen siehe unter Neueste Nachrichten.)

Großbritannien.

London, 8. Okt. Der russische Botschafter Graf Benckendorff hat seine Abreise nach Rußland verschoben.

London, 8. Okt. Die Regierung hat im Unterhause den Antrag über den Zeitplan, nach dem die Homerulebill beraten werden soll, eingebracht. Für die Kommissionsberatungen sind 25 Tage, für die Debatte über den Kommissionsbericht fünf Tage und für die dritte Lesung zwei Sitzungstage angesetzt. Der Vorsitzende der Kommission hat das Recht, die Amendements auszuwählen, die an den einzelnen Sitzungstagen zur Diskussion kommen sollen.

London, 8. Okt. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Acland, hielt gestern in einer Rede in New York auf der Insel Wight die Behauptung für unbegründet, daß England sich gegen ein Zusammengehen mit den anderen Mächten gesträubt hätte. Der englischen Regierung sei es nur darum zu tun gewesen, daß die Punkte, auf die sich alle Mächte geeinigt hätten, in solcher Weise vorgestellt würden, daß es sowohl der Türkei wie den Balkanstaaten möglichst leicht gemacht werde, in Ehren den Frieden zu bewahren.

Amerika.

Amerikas größte Flottenschau.

Wie bereits gemeldet wurde, findet in den Tagen vom 12. bis zum 15. Oktober auf dem Hudson-Flusse wieder eine Flottenparade aller zur Union'schen Flotte zählenden Kriegsfahrzeuge statt. Diese Flottenschau wird die größte sein, die je in amerikanischen Gewässern abgehalten wurde, und wie die Flottenparade im vorigen Jahre soll auch diese in erster Linie dazu dienen, der Oeffentlichkeit einen besseren Begriff von Amerikas Wehrkraft zur See zu geben, sowie die Flotte volkstümlicher zu machen, um dadurch dem Kongreß für spätere neue Flottenpläne gefügiger zu machen. Die hier zusammengezogene Armada wird aus 127 Kriegsschiffen mit einem Gesamttonnengehalt von 741 500 bestehen, die Besatzung dieser vereinigten Wehrmacht zur See aus 1300 Offizieren und 27 000 Mannschaften. Unter den schwimmenden Festungen werden sich 32 Schlachtschiffe befinden. Präsident Taft nimmt am 15. Oktober die Revue über diese gewaltige Armee ab. An der Jacht des Präsidenten vorüber geht die Flotte dann später in See. In drei Divisionen geht die Flotte darauf nach dem Süden ab und sammelt sich später wieder in Colon, um den Besatzungen Gelegenheit zu geben, den Panamakanal in Augenschein zu nehmen, ehe in den großen zwei Weltmeere verbindenden Graben das Wasser hineingelassen wird. Ursprünglich plante man in Washington gleichzeitig mit der Newyorker Flottenwoche auch eine Flottenparade der Pacific-Flotte in der Stadt am goldenen Tore und der Asiatischen Flotte in Manila. Die San Franciscoer Flottenschau fällt aber angesichts der die Anwesenheit amerikanischer Schiffe erheischenden zentralamerikanischen Wirren aus. Die Flottenschau von Manila wird in kleinerem Maßstabe abgehalten werden. Washingtoner Depeschen fühlten sich bemüßigt zu erklären, daß die auf dem Hudson versammelte Armada viel größer als die kürzlich vor Helgoland versammelte deutsche Flotte sein werde.

Amtliche Nachrichten.

§ **Ernannt** zum Amtsrichter Gerichtsassessor Dr. Röthling in Soest. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: Justizrat Dr. Schürmann bei dem Landgericht in Münster, Heydebrand bei dem Amtsgericht in Buer. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Die Gerichtsassessoren Dr. Griesbach bei dem Oberlandesgericht in Hamm, Schulte, Gustav, bei dem Landgericht in Münster, Scholz, Fritz, bei dem Amtsgericht in Buer. Zum Gerichtsassessor ist ernannt: Referendar Dr. Cosmann im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm. Der Charakter als Rechnungsrat ist verliehen: im Oberlandesgerichtsbezirke Hamm: dem Obersekretären Wening in Ahaus und Bartling in Burgsteinfurt.

Städtisches.

Münster, 8. Oktober.

* **Spendung der hl. Firmung.** Am Sonntag, dem Rosenkranzfeste, erteilte der hochwürdigste Bischof Felix in der St. Petrikirche 106 Schülern des Paulinums die hl. Firmung. Sie waren von Professor Döring auf die hl. Handlung vorbereitet worden.

♀ **Aus der Kreuzpfarre.** Der zum Pfarrer an der Kreuzkirche hierselbst ernannte seitherige Pfarrdechant in Freckenhorst B. Bömer wird am 17. d. M. durch den Stadtdechanten Pfarrer Müer in sein neues Pfarramt eingeführt werden.

* **Eisenbahnpersonalien.** Etatsmäßig angestellt sind Eisenbahnpraktikant Werner in Münster als Gütervorsteher, die komm. Eisenbahnassistenten Bornemann in Münster (bisher in Osnabrück) und Lübker in Bohmte als Eisenbahnassistenten. Befördert ist der Gütervorsteher Pütz in Rheine zum Obergütervorsteher. Die Prüfung zum Eisenbahnassistenten haben bestanden die Stationsaspiranten Kloges in Dissen-Kachenfelde, Pag in Syke und Schirmacher in Meppen.

= **Verliehen** wurde dem Tischler Theodor Menke das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

♂ **Die Frauen und die Privatangestellten-Versicherung.** Von dem am 1. Januar 1913 in Kraft tretenden Pensionsversicherungsgesetz werden etwa 2 Millionen Versicherungspflichtige betroffen, von denen der vierte Teil, also ½ Million, Frauen sind. Von diesem Tage ab müssen alle Privatlehrerinnen, Musik- und Gesangslehrerinnen, Erzieherinnen, Verkäuferinnen, Direktricen, Buchhalterinnen, Kontoristinnen, Empfangsdamen, Stenotypistinnen, Kindergärtnerinnen, Krankenpflegerinnen, Bühnenkünstlerinnen usw. sich versichern. Wenn es nun auch vielen Angestellten nicht ganz leicht sein wird, die Beiträge zu bezahlen, so müssen sie doch bedenken, daß das ganze Gesetz eine dringend notwendige Fürsorge für Invalidität und Alter bildet. Es ist für die Frauen ein nicht zu unterschätzender Vorteil, daß sie hierbei das Stimmrecht haben, d. h., sie können selbst in die Verwaltung Frauen wählen und gewählt werden. Auch hier in Münster ist neben den anderen Listen eine Liste der weiblichen Privatangestellten zur Wahl aufgestellt worden. Es ist jetzt für sämtliche weiblichen Angestellten Pflicht, das Wahlrecht auszuüben. Um zur Wahl zugelassen zu werden, muß jede Versicherungspflichtige sich rechtzeitig ihre Karte bei der Ausgabestelle, Zimmer 108 im städtischen Verwaltungsgebäude, abholen. Als Legitimation ist entweder der Steuerzettel, die Invalidätskarte oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers mitzubringen.

⊙ **Theateraufführung im Arbeiterhause.** Im großen Saale des Arbeiterhauses ging am Sonntag, wie uns geschrieben wird, die dramatische Legende Benantius über die Bühne. Das Schauspiel spielt im Jahre 250 in Camerinum in der Nähe Roms. Es regierte zu der Zeit der heidnische Kaiser Decius, unter dem die Christen arg zu leiden hatten. Benantius, der Sohn eines römischen Offiziers, hat im stillen von einem Priester manches über den Christenglauben gehört und bekennt sich im Herzen auch schon als Christ. Es naht der 17. Mai heran, wo Benantius seine Knabenjahre beschließen und feierlich in die Reihe der Männer treten soll. Am Vorabende dieses schönen Tages erfahren aber Benantius' Vater und der Statthalter, beide echte Römer, von Benantius Liebe zu den Christen und als sie ihn zur Rede stellen, bekennt er sich offen als ein Christ. Sie suchen ihn nun durch Liebe, List und zuletzt durch Grausamkeit zurückzuführen zum Glauben der alten Väter. Aber vergebens, Benantius ist nicht zu gewinnen. Hierauf zeigt ihn sein Vater selbst beim Statthalter an und der tapfere Benantius wird in den Kerker geschleppt. Aber noch hat sein Vater und der Statthalter die Hoffnung nicht aufgegeben. Sie versuchen es nochmal durch Liebe. Als sie aber sehen, daß sie nichts erreichen, greift der Statthalter zu den grausamsten Martern; aber stets wird Benantius durch Engelshand gerettet. Als der Statthalter sieht, wie nutzlos sein Tun ist, verhängt er über Benantius das Todesurteil. Mit den Worten auf den Lippen: „Ich bleibe treu dem Gotte meines Herzens“ stirbt er. Das Schauspiel wurde flott und gut gespielt und fand bei dem zahlreich erschienenen Publikum allgemeinen Beifall. Auch die Szenerien waren gut gewählt. Gewiß wird den eifrigen Spielern auch bei den nächsten Vorstellungen ein volles Haus beschieden sein.

Stadttheater.

⊙ **Flachsmann als Erzieher.** Mit seiner „Komödie“ will Otto Ernst — im bürgerlichen Leben Otto Ernst Schmidt — ankämpfen gegen die Behandlung der Schule im allgemeinen und der Lehrer im besonderen nach dem Schema F, will die Verderblichkeit des langweiligen Bureaukratismus zeigen und den Kampf frischen und neupulsierenden Lebens mit alter Rückständigkeit, Unlust des hiesigen Alleentheaters hatte unser städtisches Theater eine gut vorbereitete Aufführung der „Komödie“ veranstaltet. In ihr ist bekanntlich Jürgen Heinrich Flachsmann der in Barmbrake und Pedermeyer erfindende Vermieter der alten guten Zeit und geht eher zum Schuhflicker als zum Leiter einer Anstalt zu gehören, Jan Flemming, der Repräsentant neuer Anschauungen und Ideen, der unerschrockene Vorkämpfer einer neuen Zeit, mit deren Siege dem Unterricht der Charakter des Vorgeschriebenen und Widernatürlichen genommen wird und ein neuer Geist aus den Kinnern hervorgeht. Nach Möglichkeit hatte Herr Georg Winter Flachsmann und Herr Wilhelm Gräper als Jan Flemming das Schablonenhafte und Uebertriebene in richtige Grenzen zu bringen; sie waren uns daher Typen, wie sie leibhaftiger nicht erfunden werden können. Es waren sehr gute Leistungen, denen die größte Anerkennung gebührt. Der beiden in scharfer und moderner Beleuchtung hervorgehobenen Hauptpersonen gruppierten sich eine Reihe mehr oder weniger belebter oder weniger belebter Magister bei, alles unbezahlbare Typen mit allerlei drastischen Anklängen und Gewohnheiten, während bis auf wenige Ausnahmen hin, die zum wichtigtuenden Schuldiener, der sich wie ein Direktor vorkommt und mit seiner Weisheit allerlei zu helfen bereit ist. Den Angriffen Flemmings Carsten Diercks spielte Herr Richard Lüttichau mit vorzüglicher Hervorhebung der seiner Rolle anhaftenden Feinheiten, die weiteren Lehrer wurden wiedergegeben durch Lorenz Kirchner, Max Eckardt, Willi Bahl, Rudolf Stoder, die sämtlich die drolligen Typen des Kollegiums vorzüglich zur Darstellung brachten. Umgemein ansprechend wirkte auch das Spiel der Selma Horst, die sich in den frischen, frohen Mädchencharakter mit voller Anmut und Herzigkeit hineinempfunden hatte, ebenso wurde die vorbildliche, vornehme und unverschämte Jungfer Herta Saurbaier von Else Ranke vortrefflich charakterisiert. Herr Adalbert Lieban gab den aufgeblasenen Schuldiener mit der ihm eigenen humorvollen Lebendigkeit, seinen früheren Kollegen Kluth verkörperte Max Sielel. Den Schulinspektor Wessels, einen äußerst gemütlichen Herrn, der sich das Leben angenehm macht, gab Ludwig Dissen, den Professor Dr. Knell, Regierungsschulrat Ludw. Masson, der neben dem Geheimratsanzug in richtigem Maße viel des Lächerlichen und Komischen zu geben verstand. Alles in allem, die Aufführung war in jeder Hinsicht vorzüglich. Das Publikum kargte daher auch nicht mit dem Beifall. Zu bedauern war nur die große Leere im Theater. Es würde wohl bald angebracht sein, daß das münsterische Publikum größeres Interesse zeigte. Man verlangt in Münster ein Theater, aber warum besucht man es nicht?

≠ **Aus dem Theaterbureau.** Am Mittwoch findet eine Wiederholung der Schwank-Novität „So'n Windhund“ statt. Donnerstag wird „Tannhäuser“ wiederholt. Für nächsten Freitag wird Puccinis „Madame Butterfly“ vorbereitet.

Provinzielle Nachrichten.

× **Rietenbeck,** 7. Okt. Die hiesige **Junggesellensodalität** hat in diesem Jahre eine starke Zunahme zu verzeichnen. Während noch bisheriger Festsetzung die jungen Leute 17 Jahre alt sein mußten, um Mitglied zu werden, wurde neuerdings beschlossen, sie sofort nach Verlassen der Elementarschule aufzunehmen. Auf diese Weise konnten gestern, am Rosenkranzfeste, der Sodalität über 60 Mitglieder zugeführt werden. Die Aufnahme erfolgte in feierlicher Weise.

– **Borghorst,** 8. Okt. **Verliehen** wurde den Lagermeistern Engelbert Hünnemann und Hermann Hünnemann und dem Weber Wilhelm Dalmeyer das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

* **Dülmen,** 7. Okt. Gestern fand hier der erste technische **Feuerwehrtag** des Kreis-Feuerwehrverbandes Coesfeld statt. Anwesend waren ein Vertreter des Landrats und die Bürgermeister der Städte Dülmen und Haltern; der Bürgermeister von Coesfeld war verhindert, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Wehren von Coesfeld, Dülmen, Haltern und Lüdinghausen hatten zahlreiche Vertreter entsandt. Um 12 Uhr fand im Hotel Röver die Delegiertensitzung statt. Nach dem Jahresberichte gehören dem Kreisverband vier Wehren an: Coesfeld, Dülmen, Selcker und Haltern. Stadtsekretär Moderjohn aus Unna hielt einen Vortrag über: Die Behandlung der Feuerwehrschläuche. Anschließend an die Sitzung war ein Festessen und Nachmittags eine Uebung der Dülmener Wehr am Steigerturm. In der darauf abgehaltenen Festversammlung sprach Stadtsekretär Moderjohn über Unfall- und Haftpflicht der Feuerwehren.

⊙ **Ruhrlngbausen,** 7. Okt. Anläßlich der zurzeit hier stattfindenden Ausstellung für Obst- und Gemüsebau tagte hier gestern nachmittag die diesjährige Hauptversammlung des **Obstbauvereinsbandes für Westfalen und Lippe** unter dem Vorsitz des Landrats Droege-Arnsberg. Obstbauinspektor Hagemann-Herford erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Die Einnahmen im verflossenen Jahre betrugen 40 634 ℳ. Zurzeit verfügt der Verband über 4750 ℳ Reservegelder und 850 ℳ Kassenbestand. Der Voranschlag für 1913 sieht eine Einnahme u. Ausgabe von 100 000 ℳ vor. Domänenpächter Schurich-Berlin hielt dann einen Vortrag über Feldgemüsebau. Gartenbauinspektor Bierke-Berlin sprach an der Hand von zahlreichen Lichtbildern über künstliche Düngermittel im Obstbau. Er veranschaulichte die Wirkung der verschiedenen Dungarten und schilderte, wie namentlich die Beigabe der Kalksalze bei geringem Kostenaufwand Wachstum und Ernteertrag ganz bedeutend steigert. Die Versammlung beschloß darauf, den aus Herford scheidenden Rentschuldirektor Dreußen, der dem Vorstande 17 Jahre angehört hat, zum Ehrenmitglied zu ernennen. Herr Dreußen dankte bewegt für die Ehrung. Für verdienstvolle Tätigkeit innerhalb des Verbandes wurde dem Kreisausschußsekretär Ferber-Borken ein Diplom überreicht. Landrat Droege schloß darauf die Versammlung, an der u. a. teilgenommen hatten: Landrat Graf v. Merveldt-Recklinghausen, Oekonomierat Direktor Schulz-Soest, Provinzial-Bauinspektor Heidemann-Münster.

* **Hagen,** 7. Okt. Der Brotkutscher Dillenburg von der Schwerter Brotfabrik hatte Nachricht von der schweren Erkrankung seiner Frau erhalten und wollte infolgedessen in großer Eile den Heimweg antreten. In der Donnerstuhle **kippte** der Wagen **um** und fiel auf den vom Sitz geschleuderten Kutscher, der sofort getötet wurde.

≠ **Meinerzhagen,** 7. Okt. Zwischen hier und Valbert ging gestern abend spät ein **Ballon** aus Erfurt nieder, der dort Sonntag früh aufgestiegen war. Beim Landen verwickelte sich die Gondel in eine Baumkrone. Der Ballon konnte erst heute nachmittag geborgen werden. Der Führer vermochte sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

+ **Bielefeld,** 7. Okt. In Sieker fiel die Wirtschafterin des Gutsbesitzers Meyer von einem Obstbaum und verschied bald darauf.

♂ **Essen,** 7. Okt. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts wurde am Samstag und am Montag gegen den Rechtsanwalt Dr. Levi und die Redakteure Schorck und Naumann wegen **Beleidigung** des Vorsitzenden und der übrigen richterlichen Beamten der Strafkammer des Landgerichts Essen, die seinerzeit die Streikvergehen aburteilten, verhandelt. Levi soll in einer Versammlung des Kartells der freien Gewerkschaften am 31. März cr. gesagt haben, die Streikjustiz mache auf jeden rechtlich denkenden Menschen den Eindruck der Klassenjustiz. Früher sei die Essener Strafkammer objektiv gewesen, jetzt habe es den Anschein, als ob dies nicht mehr der Fall sei. Die beiden anderen Angeklagten hatten ihn „Allgem. Beobachter“ und in der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitg.“ diese Rede wiedergegeben. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht heute abend folgendes Urteil: Rechtsanwalt Dr. Levi wird zu 300 ℳ Geldstrafe, die beiden anderen Angeklagten werden zu je 100 ℳ Geldstrafe verurteilt.

♀ **Werdingen,** 7. Okt. Eine folgenschwere **Verwechselung von Medizin** wird von hier berichtet: Die Tochter einer Werdinger Familie, die in Hamburg verheiratet ist, weilt zurzeit mit ihrem drei Monate alten Kinde bei ihren Eltern. Der Säugling erkrankte dieser Tage, so daß man einen Arzt holte, der eine Medizin verschrieb. Die Mutter des Kindes ließ das Medikament in der Apotheke anfertigen. Nach einigen Minuten Wartens wurde ihr eine Flasche übergeben, die für eine an Gallenfieber leidende Frau bestimmt war und eine starke Dosis Morphium enthielt, die der Provisor in der Eile ergriffen hatte. Zu Hause angekommen, verabreichte die Mutter dem Kinde den vorgeschriebenen Teelöffel von dem Gift, worauf das Kind alsbald schwer erkrankte. Man brachte es in das hiesige St. Josephshospital, wo sich mehrere Aerzte vergeblich bemühten. Nach wenigen Stunden verstarb das Kind.

* **Düsseldorf,** 7. Okt. Auch die hiesige **Straßenbahnverwaltung** geht scharf gegen Damen mit **ungeschützten Hutnadeln** vor, nachdem freundliche Ermahnungen und der in den Straßenbahnwagen angebrachte Hinweis ohne sichtlichen Erfolg geblieben sind. Den Angestellten ist nunmehr strenge Anweisung erteilt worden. Damen mit ungeschützten Hutnadeln unbedingt von der Fahrt auszuschließen.

* **M.-Gladbach,** 7. Okt. In der vergangenen Nacht **fielen** auf der Viersener Landstraße zwei Wagenzüge der Straßenbahn in voller Fahrt **aufeinander.** Der Wortführer war besonders stark, weil in Viersen Kirmes war. Die Plattform des Anhängewagens wurde eingedrückt. Eine Anzahl Fensterscheiben wurden zertrümmert, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Sie mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Vier konnten nach Anlegung eines Verbandes entlassen werden, während der Wagenführer Breuer noch im Krankenhaus weilt. Es heißt, der Zusammenstoß sei dadurch entstanden, daß durch ein Automobil gerade starker Staub aufgewirbelt worden war.

* **Boppard,** 7. Okt. Als die Insassen der Besserungsanstalt Beilstein zur Küche geführt wurden, **sprang** eine 17jährige Insassin auf ein langsam vorüberfahrendes Auto, das anscheinend gewartet hatte. Als der Kraftwagen in der Nähe von Koblenz festgehalten wurde, war das Mädchen mit dem jungen Manne, der im Auto gesessen hatte, **verschwunden.**

* **Borkum,** 7. Okt. Die **Besuchsziffer** des Bades gestaltete sich in der letzten Saison etwa, wie im Jahre 1910. An Passanten und Kurgästen wurden, nach der „Badezig.“, gezählt, im Jahre 1910 26 386, 1911 29 870, 1912 26 274. Auch auf den Nachbarinseln stehe die Besuchsziffer wesentlich hinter derjenigen des Vorjahres zurück. Die Schuld an dem Rückgange des Besuches der Nordseebäder dürfte dem regnerischen Sommer dieses Jahres zuzuschreiben sein.

Verwaltung und Rechtspflege.

⊙ **Sind katholische Gesellenhospize milde Stiftungen?** Nach dem preußischen Stempelsteuergesetz sind milde Stiftungen beim Abschluß von Verträgen usw. von der Stempelabgabe befreit. Der Charakter der milden Stiftung muß entweder von den Behörden bereits anerkannt sein, etwa bei Verleihung der Rechtsfähigkeit, oder er muß sich aus dem statutarischen Zweck der Stiftung ergeben. Das Reichsgericht hat nun in einer kürzlich ergangenen Entscheidung ausgesprochen, daß ein katholisches Gesellenhospiz als eine milde Stiftung nicht anzusehen ist und deshalb keinen Anspruch auf Befreiung von der Stempelabgabe hat. Der Streitfall war folgender: Das katholische St. Josephs-Hospiz zu Berlin hat eine Schuldurkunde und Hypothekenbestellung ausgestellt, für welche von der Steuerbehörde der tarifmäßige Stempel von 50 Mark berechnet und eingezogen wurde. Im Prozeßwege verlangt nun das Hospiz Rückzahlung der 53 Mark von dem preußischen Steuerfiskus, indem es sich auf die Befreiungsvorschrift beruft und den Charakter einer milden Stiftung für sich in Anspruch nimmt. Der Fiskus meint dagegen, es handle sich nicht um eine milde Stiftung, sondern das Hospiz bezwecke nur die Befriedigung sittlich-religiöser Bedürfnisse. Nach dem Statut des seit 1859 bestehenden Hospizes bezweckt dieses, durchreisenden oder in Berlin in Arbeit tretenden katholischen Handwerkergesellen vorübergehende oder dauernde Unterkunft zu gewähren, und sie vor den Gefahren der Großstadt, insbesondere auch vor dem Anschluß an sozialdemokratische Vereine zu bewahren; armen Gesellen wird der Unterhalt unentgeltlich gewährt, von den übrigen Bewohnern des Hospizes wird eine mäßige Vergütung erhoben. Landgericht und Kammergericht zu Berlin haben die Klage abgewiesen. Im gleichen Sinne entschied das Reichsgericht, indem es die Revision des Klägers zurückgewiesen und das Urteil des Kammergerichts bestätigt hat. Zur Begründung führte das Reichsgericht aus: Der Kläger stützt sich in erster Linie darauf, daß durch die am 10. März 1910 erfolgte Verleihung der Rechte einer juristischen Person implicite der Charakter der milden Stiftung anerkannt worden sei. Allein in der Verleihung der Rechtsfähigkeit liegt nicht ohne weiteres die Anerkennung, daß die Stiftung als eine milde zu betrachten sei; es müßte das besonders zum Ausdruck gekommen sein und das ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Es kommt deshalb darauf an, materiell zu prüfen, ob der Charakter der milden Stiftung vorliegt. In der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist bereits wiederholt ausgesprochen worden, daß eine milde Stiftung nur dann vorliegt, wenn der Zweck in der Unterstützung hilfsbedürftiger Personen oder der Beförderung und Linderung wirtschaftlicher und leiblicher Not besteht. Es mag sein, daß das klagende Hospiz armen Handwerksgesellen auch unentgeltlich aufnimmt. Allein das Kammergericht führt mit Recht aus, daß das nicht der Hauptzweck der Stiftung ist, sondern nur ein Nebenzweck; dann muß aber der Nebenzweck außer Betracht gelassen werden. Es handelt sich nach dem Statut des Klägers darum, die Handwerksgesellen vor der Berührung mit gewissen politischen Kreisen zu bewahren, und außerdem um religiöse Zwecke. Dies kann aber den Charakter der milden Stiftung noch nicht erfüllen. Die Stempelabgabe ist deshalb mit Recht erhoben worden.

Hochschul-Nachrichten.

× **Berufung eines Berliner Gelehrten nach Rom.** Dr. Friedrich Rintelen, Privatdozent für neuere Kunstgeschichte an der Berliner Universität, hat jetzt einen Ruf an das „Königlich Preußische Historische Institut“ in Rom angenommen. Das Institut, an dem bereits Prof. Dr. Arthur Haseloff wirkt — er wurde gleichfalls als Berliner Privatdozent nach Rom berufen — und mit Unterstützung des Kaisers das große Werk über die hohenstaufischen Altertümer Italiens herausgibt, verfügt bereits über eine kunstwissenschaftliche Bibliothek und will sich immer mehr zu einem Mittelpunkt für die Studien deutscher Gelehrter auf dem Gebiete der neueren Kunstgeschichte in Rom entwickeln, wie ihn für die Archäologie das Kaiserlich Deutsche Archäologische Institut bietet. Da hat nun gewiß die jetzige temperamentvolle Persönlichkeit Dr. Rintelens werbende Kraft. Der Gelehrte, der bereits in Berlin mit gutem Erfolge gewirkt hat, ist im letzten Jahre mit einem vielbeachteten größeren Werke über Giotto und die Giotto-Apokryphen hervorgetreten, das ungewöhnliche Begabung für eine innerliche Erfassung künstlerischer Werke verriet und mit der Kraft seiner Darstellung ebenso wie mit seiner scharfen Kritik den Begründer der modernen italienischen Malerei in seiner nur künstlerischen Persönlichkeit mit einer neuen Klarheit hat hervortreten lassen. Ferner hat Dr. Rintelen in Berlin über altdeutsche und altniederländische Malerei, über altchristliche K

Generalversammlung der Görresgesellschaft.

(C) Freiburg, 7. Oktober.

Die diesjährige Generalversammlung der Görresgesellschaft fand ihre Eröffnung mit einer äußerst stark besuchten **Begrüßungsversammlung** in der großen städtischen Festhalle Freiburgs. Nach einigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vorträgen des Freiburger Männergesangvereins, dessen erkrankten Dirigenten Herr Reichstagsabgeordneter Fehrenbach vertrat, begrüßte Herr Universitätsprofessor Dr. **Finke** im Auftrage des vorbereitenden Komitees der Görresgesellschaft die Anwesenden. Tausende in Freiburg schauten mit Interesse auf die Versammlung und viele, viele mit warmer Sympathie. Insbesondere begrüßte Dr. Finke den Vorsitzenden der Görresgesellschaft, Se. Exzellenz den bayerischen Ministerpräsidenten Frhrn. v. Hertling. „Und indem ich diese Titulatur ausspreche, glaube ich, daß ich die einzige politische Bemerkung gemacht habe, die in diesen Tagen bei unserer Versammlung gemacht wird. Die Görresgesellschaft ist, wie bekannt, im Jahre 1876 gegründet worden, und zwar von wissenschaftlichen Persönlichkeiten, die wünschen, daß der Glaube in ihrer wissenschaftlichen Forschung die Fackel vorantragen möge, von Männern, die sich nicht vollständig wohl fühlen in dem Gedanken der bloßen Wissenschaft, sondern darüber hinausschauen wollen in die ewige Ferne des Himmels und die sich darüber klar waren, daß es nun einmal für jeden Menschen ewige Wahrheiten gibt, an denen der größte Gelehrte nicht rütteln kann. Wir forschen mit vollstem Ernste nach der Wahrheit, und was wir tun und sagen, ist für uns die Wahrheit. Daß die Görresgesellschaft nötig gewesen ist, beweisen die Erfolge, die sie in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens errungen hat." (Lebhafter Beifall.)

Nach einigen weiteren musikalischen Vorträgen führt Herr Justizrat Karl Bachem aus: Exzellenz v. Hertling hat mir den Auftrag erteilt, auf die freundliche Begrüßung des Lokalkomitees zu erwidern. Schon jetzt sind wir ja in dem schönen Freiburg mit Freundlichkeiten geradezu überschüttet worden. Ich danke dem Lokalkomitee und seinem hochverehrten Vorsitzenden, Herrn Professor Finke, daß es uns in Freiburg so schön die Wege bereitet hat. Ich danke aber auch der Stadtverwaltung, die uns so bereitwillig Saal und Theater zur Verfügung stellte, und der Universität. Wir sind vorwärts geschritten in den 28 Jahren. Hier in Freiburg hat unser Vorsitzender die erste Anregung zur Gründung des römischen Institutes gegeben, das sich seitdem so glänzend entwickelt hat. Vom Staatslexikon war damals noch kein Bogen gedruckt; und heute liegt es bereits in dritter und vierter Auflage vollendet vor. Vor 28 Jahren war unter den neuen Vorstandsmitgliedern nur ein Universitätsprofessor, und das war der Vorsitzende. (Beifall.) Aber heute nahmen an der Vorstandssitzung nicht weniger als 12 wohlbestallte Universitätsprofessoren teil. Wir dürfen also gewiß mit Befriedigung auf die 28 Jahre zurückblicken. Ich bitte die Versammlung, einzustimmen in ein Hoch auf diejenigen, die uns helfen wollen, daß wir auch fernerhin gute Fortschritte machen.

Die Versammlung stimmt in das Hoch begeistert ein.

Professor **Finke** erinnert daran, daß Herr Dr. Cardauns vor 28 Jahren einmal eine Damenrede begonnen habe, die aber noch nicht vollendet sei. (Große Heiterkeit.) Im Anblick der Galerie bitte er Herrn Dr. Cardauns, nun seine Rede zu vollenden.

Unter großer Heiterkeit und Beifall hält dann Dr. **Cardauns** eine launige Rede auf die Damen, die auch in der Görresgesellschaft recht herzlich willkommen seien.

Es folgen noch einige musikalische Darbietungen, und der Begrüßungsabend nimmt sein Ende. Es mag vielleicht auffallen, daß die Görresgesellschaft von den städtischen Behörden, die doch so freundlich Saal und Theater zur Verfügung stellten, nicht offiziell begrüßt worden ist wie früher. Zum notwendigen Verständnis muß hier gesagt werden, daß die Stadtverwaltung eine Begrüßung konfessioneller Vereine prinzipiell ablehnt.

Neueste Nachrichten.

Internationale Ausstellungskonferenz.

Berlin, 8. Okt. (Tel.)

Die Internationale Ausstellungskonferenz wurde heute von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts **v. Kiderlen-Wächter** mit einer **Rede in französischer Sprache eröffnet, die in der Uebersetzung** wie folgt lautet: Meine Herren! Im Namen Sr. Majestät des Kaisers und der Kaiserlichen Regierung habe ich die Ehre, Sie willkommen zu heißen. Gleichzeitig darf ich der lebhaften Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß unsere Einladung eine so freundliche Aufnahme bei Ihren Regierungen gefunden hat. Ich brauche Sie nicht an den Zweck zu erinnern, zu dem wir uns versammelt haben. Es handelt sich um den ersten Versuch, eine Reihe von Problemen international zu regeln, die sich auf dem Gebiete des Ausstellungswesens darbieten. Die erste Anregung zu einer solchen Regelung ist von dem Comitee permanente d'Exposition ausgegangen, deren angesehene Vertreter wir heute zu begrüßen die Ehre haben. Die erste Konferenz dieses Komitees hat im November 1907 in Paris eine Resolution gefaßt, in der eine internationale Regelung gewisser, auf das Ausbildungswesen bezügliche Fragen als wünschenswert bezeichnet wurde. Das ständige Ausstellungskomitee für die deutsche Industrie, der die bedeutendsten Mitglieder des deutschen Gewerbefleißes angehören, hat seiner Zeit der Kaiserlichen Regierung von dieser Resolution Kenntnis gegeben und die Einberufung einer diplomatischen Konferenz angeregt. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Wichtigkeit der Frage, die dieses weite Gebiet des wirtschaftlichen Lebens umfaßt, eine internationale Verständigung erwünscht erscheinen läßt, hat die Kaiserliche Regierung geglaubt, der Einberufung einer solchen Konferenz näher treten zu sollen. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß sie hierbei die **Zustimmung der Regierungen**, an die sie sich wandte, gefunden hat. Wenn sie in diesem Falle die Initiative ergreift, so hat sie dies, wenn ich mich so ausdrücken darf, als neutraler Staat getan, denn das Deutsche Reich hat bisher Weltausstellungen nicht veranstaltet.

Meine Herren! Wir wissen alle, daß die internationalen Ausstellungen bei der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte der Völker eine große Rolle spielen, daß sie ein besonders geeignetes Kampffeld für den friedlichen Wettstreit der Nationen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens bilden, daß sie geeignet sind, die Nationen wirtschaftlich und politisch einander näher zu bringen, indem sie sich dabei besser kennen lernen. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß die Zahl der Ausstellungen von Jahr zu Jahr zunimmt und daß infolge der Häufigkeit dieser Veranstaltungen eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit in industriellen Kreisen zu bemerken ist. Dieser Zustand birgt ohne Zweifel Gefahren in sich, die wir zu prüfen haben, ob es nicht möglich ist, internationale Formen zu schaffen, die einer zu schnellen Aufeinanderfolge der Ausstellungen vorbeugen. Ich verkenne zwar nicht, daß es eine schwierige Aufgabe sein wird, die verschiedenen dabei in Betracht kommenden Interessen gegeneinander abzuwägen. Auf der anderen Seite würde es von großem Nutzen für alle Beteiligten sein, wenn es gelänge, diese Interessen auf einer mittleren Linie zu vereinigen.

Sie werden sich ferner mit der Klassifikation der Ausstellungen und mit verschiedenen sonstigen Organisationsfragen zu beschäftigen haben. Auch werden Sie zu erörtern haben, ob nicht gewissen Mißständen, die sich in das Ausstellungswesen eingeschlichen haben, ein Riegel vorgeschoben werden kann. Ein weites Feld harrt hier noch Ihrer Tätigkeit. Ich hoffe und wünsche, daß Ihre Arbeiten von Erfolg gekrönt sein mögen, daß sie von Nutzen seien für alle Staaten deren Vertreter uns die Ehre erwiesen haben, unserer Einladung zu entsprechen. Seien Sie überzeugt, daß die Kaiserliche Regierung alles aufbieten wird, um Ihre Arbeiten zu erleichtern und Ihnen den Aufenthalt in Berlin so angenehm wie möglich zu gestalten. — Hiermit erkläre ich die internationale Ausstellungskonferenz für eröffnet.

Rominten, 8. Okt. (Tel.) Das **Kaiserpaar**, Prinzessin Viktoria Luise und Prinz Joachim sind heute früh um 8,50 Uhr vom Bahnhof Groß-Rominten nach Königsberg abgereist.

Berlin, 8. Okt. (Tel.) Der Landtagsabgeordnete Justizrat Gosling (Fortschr. Vpt.) ist heute vormittag in München, wo er seit längerer Zeit krank war, im Alter von 63 Jahren gestorben.

* **Paderborn**, 8. Okt. Der Landrat des Kreises Büren, Geh. Regierungsrat Dr. v. Savigny, Landtags- und Reichstagsabgeordneter für Paderborn-Büren-Wiedenbrück bezw. Paderborn-Büren, wird, wie da s „Westf. Volksbl." zuverlässig erfährt, mit dem Schlusse des laufenden Jahres auf sein Abschiedsgesuch hin sein Amt als Landrat niederlegen und aus dem Staatsdienste ausscheiden. Als sein mutmaßlicher Nachfolger wird der jetzige Landrat des Kreises Meschede, Herr v. Malinckrodt, genannt.

Hamburg, 8. Okt. Der ehemalige Leibstallmeister Kaiser Wilhelms I., Generalmajor Eugen **v. Meyer**, der bei Hamburger Verwandten zu Besuch weilte, ist gestern gestorben.

Valparaiso, 8. Okt. Der Präsident der Republik übergab in Gegenwart zahlreicher Mitglieder beider Kammern, des diplomatischen Korps und der Spitzen der Behörden unter großen Feierlichkeiten die neuen Hafenanlagen dem Verkehr.

Rom, 8. Okt. (Tel.) Vor dem Schwurgerichte begann heute der Prozeß gegen den **Anarchisten Alba**, der am 14. März den Anschlag gegen den König verübte. Der Angeklagte ist wegen Mißhandlung seiner Mutter und wegen Diebstahls vorbestraft. Die Sitzung wurde mit der Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt, aus der hervorgeht, daß der Angeklagte beabsichtigte, den König durch den Bombenwurf zu töten und dann Selbstmord zu begehen.

Madrid, 8. Okt. (Telegr.) Der **normale Dienst ist auf allen Eisenbahnnetzen wieder hergestellt**, mit Ausnahme des Südnetzes, wo die Ausständigen die Forderungen betreffend die Aufhebung der Versetzung eines Werkmeisters und die Forderungen höherer Löhne aufrechterhalten, denen die Gesellschaft aus Gründen der Disziplin und finanziellen Rücksichten sich widersetzt.

Das Kriegsgewitter auf dem Balkan.

Sofia, 8. Okt. (Tel.) **Die Gesandten von Oesterreich-Ungarn und Rußland unternahmen heute mittag gemeinsam im Namen der Mächte den „verabredeten Schritt".**

Konstantinopel, 8. Okt. (Tel.) Wie das Blatt „Tanin" meldet, teilten gestern die Botschafter Frankreichs und Rußlands die von dem Minister des Aeußern von Sasssonow und Poincaré gefaßten **Entschlüsse** mit. Die Gesandten der Balkanstaaten kennen die Ansichten ihrer Regierungen nicht und legen sich deshalb Zurückhaltung auf. Hiesige bulgarische Kreise scheinen mit den Absichten der Pforte nicht unzufrieden zu sein, in griechischen Kreisen dagegen wird das Vilajetsgesetz von 1880 als unzureichend erklärt. Der griechische Gesandte äußerte, er könne nicht ermessen, ob die Maßnahmen der Pforte die Lage zu klären vermögen. In hiesigen serbischen Kreisen wird ein Krieg nach wie vor für unvermeidlich gehalten; es wird dort auch geglaubt, daß die Anwendung des Gesetzes das Einvernehmen der Balkanmächte stören und Schwierigkeiten wegen der Abgrenzung der einzelnen Zonen hervorrufen werde.

In einem Edikt betreffend den **Belagerungszustand** werden öffentliche Versammlungen, Kundgebungen und Geheimbünde verboten, Versammlungen in Klubs sind gestattet, beleidigende Veröffentlichungen gegen die Regierung, ihre innere und äußere Politik, sind untersagt; eine Kritik innerhalb der Grenzen des Preßgesetzes ist gestattet.

In hiesigen amtlichen Kreisen wird geglaubt, daß die Unterzeichnung des **italienisch-türkischen Friedensvertrages** in Ouchy erst in einigen Tagen stattfindet.

Belgrad, 8. Okt. (Tel.) Die Nachrichten über das **Einvernehmen der Großmächte** betreffend die Intervention in der Frage der Reformen, rufen hier das lebhafteste Interesse hervor, stoßen jedoch teilweise auf Zweifel; insbesondere äußern einzelne Preßorgane Besorgnis, die Verbreitung dieser Nachrichten bezwecke die Vereitelung einer Aktion der Balkanstaaten, ohne daß ihnen volle Garantie für die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geboten würde. Türkische Kreisen weisen deshalb darauf hin, anzustreben, daß die gemeinschaftliche Aktion der Balkanstaaten beschleunigt wird.

Die **Skupschtina** nahm eine Gesetzesvorlage an, wodurch sie der Regierung teilweise schon verbrauchte, teilweise zur Disposition gestellte Nachtragskredite in Höhe von 44 800 000 Dinars bewilligt.

Saloniki, 8. Okt. (Tel.) Das **jungtürkische Hauptkomitee** erließ an alle Unterkomitees in der Provinz ein Rundschreiben, worin diese aufgefordert werden, im gegenwärtigen kritischen Augenblicke alle Streitigkeiten beiseite zu lassen und sich zu einigen und der Regierung die Hand zu reichen, damit die Nation in dieser gefährlichen Lage einig und kräftig sei.

Acht der hervorragendsten Volksführer der Albaner, wie Bairam Zur, Issa Boljetinaz und Riza Bey, erklärten sich bereit, sich mit allen Arnauten an der Verteidigung des Vaterlandes zu beteiligen. Sie warten nur auf einen Wink ,um gegen den Feind zu ziehen. Auch in Monastir, Ochrida, Jannina und Koprülü fanden große Kundgebungen in diesem Sinne statt.

Sofia, 8. Okt. (Tel.) Ein von der **Sobranje** an die Parlamente in Belgrad, Athen und Cetinje gerichtetes Telegramm spricht die Hoffnung aus, daß die christlichen Balkanstaaten unlösbar vereint im gemeinsamen Kampfe gegen die Anarchie und Tyrannei, **worunter die Stammesgenossen in der Türkei** zu leiden hätten, der Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit zum Siege verhelfen werden.

Handels-Nachrichten.

* **Die Balkanwirren und die internationale Baumwollindustrie.** Welchen erheblichen Einfluß die Vorgänge auf dem Balkan auf den Geschäftsgang in der internationalen Baumwollindustrie ausüben, geht aus der neuesten Enquete hervor, welche die Liverpooler Baumwollfirma Weld u. Co. in den verschiedenen Industrie-Staaten veranstaltet hat. Mit Ausnahme von Amerika, welches an der Balkankrise ja nicht interessiert ist, und wo die Lage und die Aussichten der Spinnerei- wie der Webereibranche als gut bezeichnet werden, ebenso Spanien und Portugal ausgenommen, welche beiden Länder für die Ausfuhr wenig oder gar nicht in betracht kommen, zeigt die Lage überall eine Verschlechterung. England ist zwar noch immer befriedigend beschäftigt, doch halten die Käufer wegen der Unentschiedenheit der politischen Situation mit der Erteilung neuer Orders zurück. In Deutschland sendet nur das Elsaß etwas mehr ermutigende Berichte. Unverändert schlecht sind die Nachrichten aus Oesterreich, das ja neben Italien für die Ausfuhr von Baumwollerzeugnissen nach dem Balkan in erster Linie in betracht kommt. Ob der Friede mit der Türkei die höchst unbefriedigende Lage in Italien bessern wird, muß abgewartet werden. In Frankreich ist die Situation wesentlich verschlechtert, auch bestehen, vorläufig wenigstens, keine günstigen Aussichten. Eine weitere Besserung ist in Rußsand, das ja im Exporthandel nicht mitspricht, vorhanden. Holland sendet nur wenig ermutigende Berichte, ebenso die Schweiz. In Dänemark und Belgien ist die Lage ungeklärt. In der indischen Baumwollindustrie endlich hat man ziemlich gut zu tun und rechnet mit einer weiteren Besserung der Geschäftslage.

* **Mit den Rückwirkungen der Balkanereignisse auf die Industrie** beschäftigen sich die Wochenberichte der Großbanken. So schreibt die **Berliner Handels-Gesellschaft:** „Die Frage, ob kriegerische Ereignisse oder auch nur eine längere Dauer der gespannten Situation auf dem Balkan erhebliche Nachteile für die deutsche Industrie zur Folge haben müssen, darf füglich verneint werden. Es ist zu berücksichtigen, daß unsere Ausfuhr nach allen Balkanländern zusammen im letzten Jahre kaum 2 Prozent unseres gesamten Exports ausgemacht hat. Allerdings würde die Ausfuhr in einigen Artikeln, wie Textilwaren, landwirtschaftlichen Maschinen und dergleichen, ins Stocken geraten, auf der anderen Seite würde jedoch ein vermehrter Bedarf für die Erfordernisse des Heeres und der Kriegsführung eintreten und hierdurch eine starke Kompensation geschaffen werden. Eine zweite Frage ist die, von welcher Wirkung ein etwaiger Krieg auf den Außenhandel der Balkanländer selbst sein müßte. Die Einfuhr würde, da keiner der Balkanstaaten Kriegsmaterial selbst erzeugt, sehr erheblich wachsen, während die Ausfuhrartikel, nämlich Produkte der Landwirtschaft, infolge der Mobilisierung des Bauernstandes nur in geringerem Maße erzeugt werden könnten. Gleichzeitig mit den Zeitungsmeldungen über die Mobilisierung in den vier Balkanstaaten traf die Nachricht ein, daß voraussichtlich in diesen Ländern Moratorien erklärt würden. In Belgrad stieg das Gold-Agio bis auf 5 Proz., um jedoch sehr schnell wieder auf 1½ Proz. zu fallen. Wir möchten an dieser Stelle besonders darauf hinweisen, daß die Dotationen für die Fälligkeiten der serbischen Renten bis März 1913 bereits seit einer Reihe von Monaten im Besitz der Zahlstellen sind. Die Aufmerksamkeit der Börse war in der abgelaufenen Woche von der Politik so stark in Anspruch genommen, daß alle anderen Gesichtspunkte hiergegen vollständig in den Hintergrund traten und den Nachrichten aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten kaum Beachtung geschenkt wurde. Es muß betont werden, daß diese Nachrichten unverändert günstig lauten und daß die politische Beunruhigung bisher keine Aenderung in der befriedigenden wirtschaftlichen Situation Deutschlands hervorgerufen hat. — Der wirtschaftliche Effekt der Balkanwirren wird sein, daß große Bestellungen von Kriegs- und Eisenbahnmaterial ins Ausland gelegt werden, so daß viele Industrien von den Vorgängen Vorteil haben werden. Demgegenüber wird natürlich die wirtschaftliche Stockung in den Balkanländern auch eine Behinderung von Import und Export, d. h. eine starke Störung des friedlichen Handels und eine Verlangsamung in der Erfüllung bestehender Zahlungsverpflichtungen zur Folge haben. Eine Sorge, daß der Kupondienst von einem der interessierten Staaten vorübergehend eingestellt werden möchte, besteht nicht und wäre auch durchaus ungerechtfertigt. Dem Bericht der **Bank für Handel und Industrie** entnehmen wir Folgendes: „Wenn auch die Mächte es an Einwirkungen nicht fehlen lassen, um den Ausbruch des Krieges zu verhüten, so birgt doch immerhin die kriegerische Volksstimmung der unruhigen Nationalitäten Gefahren in sich, deren Konsequenzen schwer vorauszusehen sind. Die Nachricht, daß der Friede zwischen der Türkei und Italien unmittelbar vor dem Abschluß stände, war geeignet, wesentlich zu einer ruhigeren Auffassung der politischen Situation beizutragen, die in einer kräftigen Erholung des Kursniveaus um so stärker Ausdruck fand, als gleichzeitig authentisch versichert wurde, daß unter den Großmächten hinsichtlich der Balkanfrage völlige Uebereinstimmung herrsche. Dieser so schnell wieder eingetretene Erholungsprozeß konnte um so eher Platz greifen, als unser gesamter Balkanhandel von relativ nur geringer Bedeutung ist — der Anteil der Balkanländer an unserem Außenhandel beträgt kaum 3 Proz. —, so daß der letztere durch die dortigen Wirren keine tiefgehende Benachteiligung erfahren würde."

* **Zur Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikats in Bochum.** Durch die vom Oberlandesgericht Hamm nunmehr definitiv ausgesprochene Kündigung des Syndikatsvertrages zum Ultimo Dezember d. J., die wir bereits meldeten, steht auf dem rheinisch-westfälischen Zementmarkte eine scharfe Krisis bevor. Der Syndikatsvorstand hat die sofortige Einberufung einer Gesellschafterversammlung beantragt, die über einen neuen Syndikatsvertrag Beschluß fassen soll. Die Aussicht auf irgend einen Erfolg ist, wie der „Voss. Ztg." geschrieben wird, zurzeit noch die denkbar ungünstigste, da die bisherigen Arbeiten nach dieser Richtung hin gänzlich resultatlos geblieben sind und, von den Schwierigkeiten in der Quotenfrage abgesehen, eine Anzahl Zementfabriken, sowohl Syndikatswerke als auch syndikatsfreie Unternehmungen, sich gegenüber einer neuen Verbandsbildung grundsätzlich ablehnend verhalten. Man kann ziemlich sicher annehmen, daß am rheinisch-westfälischen Zementmarkte ein Preiskampf für 1913 bevorsteht, der durch die von einigen Werken beabsichtigte Verkaufsgemeinschaft zwar gemildert, aber nicht vermieden werden kann. Da mit dem Aufhören des Syndikats auch die Verträge mit den benachbarten Kartellen erlöschen, besteht die Gefahr, daß die Krise im diesseitigen Bezirk auf die gesamte deutsche Zementindustrie unvorteilhaft einwirken wird.

* **Die Gewerkschaften Trier I-III in Hamm i. W.** fordern den Rest von 3 Mill. M (1000 M für den Kux) der in den Gewerkenversammlungen vom 26. Februar 1910 in der Höhe von 6 Mill. M (2000 M für den Kux) beschlossenen Zubuße mit je 500 M zum 1. November d. J. und 1. Februar 1913 ein. Mit der Einziehung der Zubuße wird bezweckt, die Bankschuld, die am 31. Dezember 1911 2,19 Mill. M betrug, nicht zu hoch anwachsen zu lassen und die Gesellschaft baldmöglichst von nichtfundierten Schulden zu befreien.

* **Die Gewerkschaft Admiral in Hörde i. W.** fordert von der von der Gewerkenversammlung vom 23. Juli d. J. bewilligten Zubuße von 500 000 M die zweite Rate mit 150 M für den Kux zum 15. November d. J. ein.

* **Rheinisch-westfälische und englische Kohle im Hamburger Absatzgebiet.** Das Westfälische Kohlenkontor G. m. b. H. in Hamburg hat im September d. J. nach Hamburg und Umgebung 312 064 (291 382) t Kohlen und Koks eingeführt; davon waren 138 009 (113 014) t für Hamburg Platz bestimmt, 7358 (8315) t gingen nach Uebersee, 46 218 (39 688) t nach Elbhäfen, 94 046 (107 299) t in der Richtung nach Kiel, 19 459 t (18 254 t) gegen Lübeck, 6975 (4813) t gegen Berlin. Seit dem 1. Januar d. J. wurden 2 704 068 (2 403 689) t abgesetzt. Der Absatz von englischen Steinkohlen und Koks betrug im Monat September 446 640 (316 061) t, seit Januar 3 359 779 (3 217 858) t.

* **Zu den Zahlungsschwierigkeiten der Mühlenfirma A. u. W. Niemöller in Dortmund.** In der am Montag stattgehabten Gläubigerversammlung führte Rechtsanwalt Dr. Foller den Vorsitz. Dieser bemerkte, die Ursachen der Zahlungsschwierigkeiten seien darauf zurückzuführen, daß, nachdem für den Barmer Bankverein eine neue Sicherheitshypothek über 800 000 M auf die sämtlichen bisher unbelasteten Liegenschaften der Firma eingetragen sei, die Einfuhrfirmen daraufhin ihre Lieferungen zurückgehalten hätten und die Reichsbank die Niemöllerschen Wechsel zurückgewiesen habe. Zunächst kam es dann zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter des A. Schaaffhausenschen Bankvereins und dem Vertreter des Barmer Bankvereins wegen einer anscheinend von diesem herrührenden Zeitungsnotiz über die Ursachen des Konkurses. Kommerzienrat Hinsberg versicherte, ihm sei bei Eingehung der Verbindung mit der Firma gesagt worden, diese mache mit anderen Bankhäusern keine Geschäfte. Der Barmer Bankverein habe nur gedeckte Kredite gegeben. Als diese plötzlich sehr stark in Anspruch genommen worden seien, habe der Barmer Bankverein weitere Sicherheiten verlangt, die ihm gegeben worden seien. Das sei der Hergang. Es handele sich nur um einen Ersatz für bereits bestehende Sicherheiten. Im übrigen machte Kommerzienrat Hinsberg den Vorschlag, einen Gläubigerausschuß zu wählen, der schleunigst in eine Prüfung der Verhältnisse eintreten und eine Liquidation vorbereiten soll. Die kleineren Forderungen könnten ja ausgezahlt werden. Direktor Gold vom A. Schaaffhausenschen Bankverein erklärte, daß er keineswegs mit den Vorschlägen einverstanden sei. Man besorge dann nur die Geschäfte des Barmer Bankvereins. Es folgten längere Auseinandersetzungen; da der Vertreter des A. Schaaffhausenschen Bankvereins erklärte, er nehme den beim Amtsgericht Gütersloh gestellten Konkursantrag keineswegs zurück, verließ Kommerzienrat Hinsberg den Saal. Nach kurzer Pause kam jedoch, laut „K. Z.", eine Einigung zustande, indem der Vertreter des A. Schaaffhausenschen Bankvereins entgegenkommend erklärte, den Konkursantrag vorläufig für diese Woche und gegebenenfalls auch noch für einige Tage länger zurückzuziehen. Die Liquidation wurde dann einstimmig beschlossen und als Liquidatoren die Herren A. Niemöller jr. und Agent Wulff-Düsseldorf gewählt. Der Gläubigerausschuß wurde aus den Herren Gert Rosenthal, Müller, Eichenberg, Gold vom A. Schaaffhausenschen Bankverein, einem Vertreter des Barmer Bankvereins und Rechtsanwalt Foller zusammengesetzt. Die Beschlüsse wurden unter dem Vorbehalt gefaßt, daß der Konkurs vermieden wird. Eine vom Barmer Bankverein vorgelegte Vermögensübersicht schließt mit 4 243 931 M und mit einem Vermögen von 723 890 M für die Firma Niemöller. Ein Gläubiger teilte mit, daß er mit einem Herrn in Verbindung stehe, der gewillt sei, die Mühle in Dortmund anzukaufen. Forderungen bis zu 10 000 M sollen ohne weiteres gezahlt werden.

* **Schwelmer Eisenwerk Müller u. Co., A.-G. in Schwelm.** Der dem Aufsichtsrat vorgelegte Abschluß per 30. Juni 1912 ergibt einen Fabrikations gewinn von 701 581 (367 980) M. Nach Abzug der Handlungsunkosten und Zinsen, sowie der Abschreibungen in Höhe von 138 725 (133 812) M steht einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr ein Reingewinn von 306 530 (53 352) Mark zur Verfügung. Der auf den 12. November einzuberufenden Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, 20 000 M für den Spezialreservefonds (i. V. 13 216 M zum ordentlichen Reservefonds), 20 000 (0) M dem Erneuerungsfonds, 11 882 M (12 813 M) dem Delcrederekonto zu überweisen, die Auszahlung einer Dividende von 8 (0) Proz. mit 160 000 M zu beschließen, zur Verteilung an die Beamten und Arbeiter 10 000 M zur Verfügung zu stellen und nach Bestreitung der vertraglichen und statutarischen Tantiemen den zur Verfügung verbleibenden Betrag von 62 959 (27 323) M auf neue Rechnung vorzutragen.

* **Stahlwerksverband, A.-G. in Düsseldorf.** Nach vorläufigen Ermittlungen betrug der Versand im September 1912 an Halbzeug 152 000 t (endgültiger Versand im August d. J. 163 949 Tonnen), an Eisenbahnmaterial 176 000 (193 680) t, an Formeisen 178 000 (195 815) t, insgesamt 506 000 t (553 444 t im Aug. d. J. und 502 946 t im September 1911) Rohstahlgewicht.

* **Wilhelm-Heinrichs-Werk (vorm. Wilh. Heinr. Grillo), Akt.-Ges. in Düsseldorf.** Der Abschluß für 1911-12 ergab nach 97 288 (82 003) M Abschreibungen einschließlich 15 553 (15 651) Mark Vortrag einen Reingewinn von 125 789 (154 579) M zur folgenden Verwendung: Rücklage 5512 (6946) M, Gewinnanteile und Belohnungen 14 517 (19 580) M, 8 (10) Proz. Dividende 90 000 Mark (112 500) M und Vortrag 15 760 M. Nach dem Geschäftsbericht erklärt sich die geringere Dividende durch Aufwendungen für Zinsen, der Kosten von Neuanlagen und deren Abschreibungen zu gewohnten Sätzen, insgesamt rund 30 000 M. Weiter heißt es, daß die Erzeugnisse keine oder ganz ungenügende Preiserhöhungen erzielten, während die Preise der Rohstoffe und aller technischen Bedarfsartikel, ebenso die Löhne mehr als im Vorjahr stiegen. Die Gesellschaft ist daher immer mehr auf die Herstellung von Besonderheiten angewiesen, weshalb eine beträchtliche Erweiterung des Werks in Angriff genommen worden ist. Die Verwaltung erhofft hieraus befriedigende Erfolge. Zur Beschaffung der Mittel für den Ausbau des Werkes nach dieser Richtung steht auf der Tagesordnung der Hauptversammlung ein Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 375 000 M auf 1 500 000 M.

* **Die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg** betrug nach den Ermittelungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller während des Monats September 1912 insgesamt 1 479 285 t gegen 1 487 448 t im August 1912 und 1 250 702 t im September 1911. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für 1911 angegeben worden ist: Gießereiroheisen 281 600 (248 930) t, Bessemerroheisen 29 909 (26 357) t, Thomasroheisen 929 638 (805 167) t, Stahl- und Spiegeleisen 191 683 (134 035) t, Puddelroheisen 46 455 (36 213) t. Die Erzeugung während der Monate Januar bis September 1912 stellte sich auf 12 859 376 t gegen 11 507 749 t in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

* **Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank über die Börsenanlage.** Der letzte Wochenbericht der Deutschen Bank führt mit Bezugnahme auf die Balkankrisis aus, man müsse immerhin darauf vorbereitet sein, daß die nächste Zeit noch mannigfache Schwankungen je nach den politischen Nachrichten bringen werde; selbst im günstigsten Fall werde die Börse wieder einiger Ruhe bedürfen, um dem an den Markt gekommenen Effektenmaterial wieder feste Unterkunft zu verschaffen. Nicht ohne Einfluß auf Erstarkung des Vertrauens werde die Wahrnehmung bleiben, daß die Regierungen sowohl bei uns als auch im Ausland, insbesondere in Rußland und Oesterreich, den deutlichen Beweis dafür geliefert haben, wie sehr sie Wert auf ein ordnungsmäßiges ungestörtes Funktionieren des Geldmarktes legen und wie sehr sie bestrebt sind, einer ungerechtfertigten Beunruhigung der Börsen entgegenzuwirken. In einer Besprechung über den Devisenmarkt kommt die Deutsche Bank zu dem Schluß, daß im allgemeinen kaum mit einer weiteren großen Steigerung der Devisenpreise zu rechnen sein dürfte; es sei denn, daß die Geldverhältnisse in Amerika und England sich wesentlich verschlechtern sollten, was nach der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse vorerst nicht anzunehmen sei.

— Die Dresdner Bank äußert sich über den Geldmarkt etwas zurückhaltender und sagt, wenn auch der deutsche Geldmarkt eine große Erleichterung erfahren habe, so bleibe doch zu beachten, daß infolge des amerikanischen Herbstbedarfs der Londoner Geldmarkt eine anziehende Tendenz zeige, so daß seine Sätze bereits über denjenigen unserers Marktes stehen und die Devise London in Deutschland eine bemerkenswerte Steigerung erfahren habe. Da auch Aegypten große Ansprüche stellt, so dürfte die Frage einer weiteren Diskonterhöhung in London möglicherweise in nicht allzu ferner Zeit aktuell werden. Im Fall einer solchen Erhöhung dürfte auch die Reichsbank von einer Diskonterhöhung kaum Abstand nehmen können.

* **Die C. u. G. Müller Speisefettfabrik, A.-G. in Berlin,** hat im dritten Vierteljahr zum Versand gebracht 71 143 dz gegen 66 129 dz im gleichen Viertel 1911 und 78 097 dz in 1910. Im ersten Halbjahr 1912 wurden versandt 120 308 dz gegen 113 783 dz im ersten Halbjahr 1911 und 22 809 dz in 1910.

* **Deutsche Mineralölindustrie, A.-G. in Wietze.** In der Aufsichtsratssitzung wurde auf Antrag der Direktion beschlossen, der auf den 31. d. M. einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 7 Proz., nach dem Vorjahr gegenüber erhöhten Abschreibungen in Vorschlag zu bringen. Die Aussichten des laufenden Jahres wurden als gut bezeichnet.

* **Vom französischen Textilmarkt** wird berichtet, daß die Umsätze in französischen Wollen auch in der letzten Woche befriedigend waren; weniger groß war die Unternehmungslust der Käufer des überseeischen Produktes. Selbt in Kammzügen, Kämmlingen und Wollabfällen machte sich große Zurückhaltung der Händler wie der Verbraucher im Inlande wie im Auslande bemerkbar. Die Kauflust für wollene Garne war nicht bedeutend. Der inländische Konsum zeigte mehr Interesse für Abschlüsse in wollenen Herren- und Damen-Konfektionsstoffen, ebenso kommen befriedigende Berichte aus der Teppich- und Möbelstoff-Industrie. Eine wesentliche Besserung der Geschäftslage in der Wirkwarenbranche ist unverkennbar Die Baumwollspinner ebenso die Baumwollwebereien sind mit der augenblicklichen Geschäftslage keineswegs zufrieden, das Exportgeschäft in diesem Zweige hat sich sehr ruhig gestaltet. In der Seidenindustrie hat die Besserung weitere Fortschritte gemacht. Ebenso berichten in dieser Woche die Jutefabriken von beträchtlichen Abschlüssen zu erhöhten Preisen. Fortgesetzt guter Begehr besteht für Flachsgarne, auch die Leinenwebereien sind flott beschäftigt.

* **Zwei Millionen-Insolvenzen in der russischen Textilindustrie.** Die seit 30 Jahren bestehende Pelzwaren- und Konfektionsfirma Gebr. Schifagulin in Irkutsk hat, laut „Conf.", ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen 4½ Mill. M. Ferner befindet sich derselben Quelle zufolge die Manufakturwarenfirma L. M. Plant in Rostow a. D. in Zahlungsschwierigkeiten. Die Passiven betragen 1 Mill. M.

* **Schantung-Eisenbahn.** Die Betriebsroheinnahme der Schantung-Eisenbahn betrug im Monat September d. J. 298 000 mex. Doll. gegen 192 000 mex. Doll. im Vorjahre und vom 1. Januar bis 30. September 3 Mill. mex. Doll. gegen 2 451 000 mex. Doll. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme beträgt somit 549 000 mex. Doll. oder 22,40 Prozent.

Eigene Drahtberichte des „Westf. Merkur".

Getreide.

* **Berlin**, 8. Okt. Produktenbörse. Weizen Okt. (210¼ 209¼, Dez. (210¼) 209½, Mai (214½) 212½, Juli (—) —. Roggen Okt. (175) 174½, Dez. (174¾) 174¼, Mai (176½) 176½, Juli (—) —. Hafer Okt. (—) 184, Dez. (179¾) 178

Gering genährtes Jungvieh (Fresser): 00—00 (00—00) M. Kälber: Doppellender feinster Mast 118—125 (95—98) M.; feinste Mastkälber 105—110 (96—70) M.; mittlere Mast- u. beste Saugkälber 100—104 (60—65) M.; geringere 97—100 (50—58) M. Stallmastschafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 87—90 (64—00) M.; ältere Mast- und gute junge Schafe 75—85 (35—39) M.; Merzschafe 00—00 (00—00) M. Weide-Mastlämmer 00—00 (00—00) M. desgl. geringere 00—00 (00—00) M. Fettschweine, Lebendgewicht über 150 kg 00—00 (00—00) M.; Vollfleischige, 120—150 kg, 82—84 (65—67) M.; 100—120 kg, 81—83 (64—66) M.; 80—100 kg, 79—82 (63—65) M.; unter 80 kg 75—80 (60—64) M. Unreine Sauen u. geschn. Eber 74—80 (59—64) M., alle mit 20 Prozent Tara. — Tendenz: Großvieh langsam, Kleinvieh ziemlich lebhaft.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

	7. 10.	8. 10.
Privatdiskont	3½	3½
Wechs. Amst. kurz	—	169,55
„ Brüssel „	—	80,75
„ Italien „	—	80,15
Scheck London	20,480	20,485
Wechs. Lond. kurz	—	20,470
Scheck Paris	81,025	81,025
Wechs. Paris kurz	—	81,025
„ Wien „	—	84,75
4½ D. Reichsanl.	100,50	100,50
3½ „ „	88,90	88,90
3½ „ „	78,60	78,70
4½ Preuss. Kons.	100,50	100,50
3½ „ „	88,50	88,50
3½ „ „	78,60	78,70
4½ Westf. Pr.-Anl.	98,90	98,90
3½ % dto. 1905	87,50	87,50
3½ % Minist. St.-A.	—	—
4½ Westf. Pfandbr.	97,80	97,80
3½ % dto.	87,80	87,80
4½ R.-W. Rentenbr	--	--
3½ % dto.	88,20	88,20
4½ dto. Bd.-Kr. Pfdbr. IX	96,50	96,50
3½ % dto. IV	88,50	88,80
Transport-Werte.		
Canada-Aktien	276,90	276,50
Hamb.-A. Packetf.	158,80	158,90
Hansa Dampfsch.	327,50	326,00
Nordd. Lloyd	126,50	126,00
Banken.		
Barmer Bankv.	158,25	158,25
Berg.-Märk. Bank	150,00	150,00
Berl. Handelsges.	168,50	168,90
Darmstädt. Bank	122,00	122,00
Deutsche Bank	253,75	253,50
Diskontogesellsch.	187,00	186,75
Dresdner Bank	154,00	154,00
Ess. Kreditanstalt	160,40	160,40
Märkische Bank	100,25	100,00
Nationalb. f. Dtsch.	123,75	123,70
Osnabrücker Bank	125,75	125,75
Rh.-Westf. Disc.	123,50	123,00
Schaaffh. Bankv.	119,25	119,00
Brauereien.		
Bochumer Victoria	105,25	106,00
Dortm. Aktien-Br.	360,00	360,00
„ Union-Br.	417,50	417,50
„ Victoria	115,25	115,25
Germania Dortm.	137,50	137,50
Glückaufbr. Geis.	126,00	126,00
Isenbeck Hamm	96,50	96,50
Lindenbr. Unna	70,00	71,00
Löwenbr. Dortm.	173,25	174,50
Münster Langenbr.	125,50	125,50
Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Verkehrsw.	212,50	210,50
Allg. Elektr.-Ges.	267,10	266,50
Anglo Cont. Guano	118,00	119,25
Anilinw. Hengst.	121,00	120,00
Aplerb. Bergbau	164,80	164,50
Aumetz Friede	192,00	192,50
Baldw. Maschinen	250,00	249,90
Baldw. Teller & C.	117,00	113,00
Bergmann Elektr.	134,50	134,75
Berl. Masch. Dürk.	479,75	480,50
Bismarckhütte	148,50	149,50
Bochum. Gußstahl	238,25	238,00
Böhler	237,00	235,40
Börsperde Walzw.	97,25	97,50
Bronnk u. Brik-Ind.	184,25	184,25
Buderus Eisenw.	118,00	118,50
Chem. Ind. Gelsen.	149,50	148,00
Cölner Bergwerk	506,00	500,00
Concord. Bergbau	330,00	326,60
Consolidation	369,50	369,50
D.-Lux. Bergw.	183,80	182,75
D. Uebers. Elektr.	164,50	164,25
Deutsch. Gasglühl	608,25	609,75
„ Erdöl	290,25	292,00
„ Waffen-M.	541,00	539,00
Donnersmarckhütt.	324,00	322,00
Düss. Eisen Draht	147,00	147,00
„ Eisenhütte	184,50	183,00
Dynamit Trust	179,30	179,30
Elektr. Lichts. Kraft	136,00	135,50
Eschweiler Bergw.	165,00	165,00
„ Eisen.	—	—
Ess. Steinkohlen	178,00	178,00
Fac. Mannst. V.-A.	153,00	149,25
Felt. & Guill. Lahm.	155,50	155,00
Fälthr Maschinen	256,00	255,00
Geisweider Eisen	229,00	226,50
Gelsenk. Bergw.	202,25	202,50
„ Gußstahl	88,50	88,00
Georgs-M. St.-Akt.	106,00	105,25
„ Vorz.-A.	155,80	155,50
Ges. f. elektr. Unt.	174,20	173,90
Harm. Masch.-Exp.	280,00	278,25
Hark. Brück. St.-A.	154,75	155,00
„ St.-Pr.	134,00	134,75
Harpener Bergbau	197,50	197,90
Hasper Eisen	181,50	182,00
Hedwigshütte	155,00	153,50
Herbrand Wagon	162,75	161,25
Hilchst. Farbwerke	636,00	634,25
Hoesch Stahlwerke	334,00	330,00
Holsterhöhe-Werke	185,50	184,50
Hoteltelbetr.-Ges.	175,25	175,25
Humboldt Masch.	125,00	125,25
Köln. Wilh. B. St.-A.	269,00	266,00
„ St.-Pr.	362,50	361,50
Königsborn Bergw.	264,00	262,00
Körting Gebr.	125,75	125,75
Küppersbusch	215,50	214,25
Lahmeyer & Co.	125,80	125,80
Laurahütte	176,00	176,25
Lüdenscheid. Metall	133,75	134,00
Magdeb. Bergw.	534,00	534,00
Mannesmannröhr.	219,90	218,00
Mark. Portl.-Cem.	95,75	95,75
Märk.-Wild. Bergw.	139,00	139,50
Maschinenf. Baum	133,50	132,50
Messener Bergw.	—	—
Millheimer Bergw.	179,75	179,40
Nordd. Gummifabr.	—	—
„ Wollkämmerei	149,00	149,00
Oberschl. Eis.-Bed.	101,25	101,70
„ Eisenindustr.	88,00	88,60
Orenstein & Koppel	274,00	274,00
Osnabr. Kupfer	25,00	—
Panzer	116,25	110,25
Phönix Bergwerk	291,00	290,60
Rheinfelden	150,00	149,00
Rhein. Braunkohl.	171,00	170,75
„ Metallw. St.-A.	—	—
„ Vorz.-Akt.	96,00	97,75
„ Stahlwerke	170,50	170,50
Rh.-W. Kalkwerke	169,50	169,00
„ Cem.-Industr.	131,60	131,60
„ Sprengstoff	231,00	231,00
Rombacher Hütte	180,00	179,25
Rote Erde, Eisen	—	—
Rütgerswerke	194,00	—
Schuckert Elektr.	159,50	158,90
Schulz-Knaudt	154,60	155,25
Sieg.-Sol. Gusst.	67,00	64,75
Siemens & Halske	256,25	258,50
Stearin Romana	148,00	147,50
Stett. Chamotte-A.	254,00	250,00
Stettiner Vulkan	192,00	190,50
Stollberger Zink	149,60	150,00
Thale Eisen St.-P.	268,00	266,00
„ V.-A.	269,25	266,50
Leonh. Tietz	125,75	125,75
V. Berl.-Frf. Gum.	158,00	158,00
„ Cöln-Rottw. P.	305,50	306,25
„ Dtsch. Nickelw.	276,00	278,00
„ Zypen & Wissen	188,00	188,25
Wasserw. Gelsenk.	198,00	198,25
Westeregeln Alkali	223,25	223,25
Westfalia Cement	122,25	122,00
Westf. Drahtindustr.	162,50	161,75
„ Drahtwerke	139,50	139,00
„ Kupfer	115,00	115,00
„ Stahlwerke	57,90	58,90
Wick. Portl.-Cem.	97,00	97,25
Wittener Gußstahlhütte	106,50	107,50
„ Gusstahl	197,00	199,00
„ Stahlröhren	218,00	217,25
Otaviminen	118,80	116,50
Deutsche Kali-Akt.	152,50	153,00
Norddeutscher	—	—

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	195	194
Russenbank	159	158
Russen 1902	89	89
Türkenlose	165	166
Schantungbahn	134	134
Lombarden	29	29
Canada	277	276
Baltimore	110	109
Oriental. Eisenh.	156	158
Warschau-Wiener	—	—
Bochumer Gusst.	237	237
Deutsch-Luxemb.	183	182
Hohenlohe-Werke	184	184
Laurahütte	175	175
Phönix	280	279
Rhein. Stahlwerke	170	170
Rombacher Hütte	180	179
Gelsenkirchener	202	201
Harpener	197	197
Hamb.-A. Packetf.	159	157
Hansa Dampfschiff	322	328
Nordd. Lloyd	126	125
Allg. Elektr.-Ges.	266	265
D. Uebers. Elektr.	164	164
Siemens & Halske	256	256
Schuckert Elektr.	158	157
Ges. f. elekt. Unterm.	174	173
South West Africa	145	145

Tendenz: schwach.

Tendenzbericht

* **Berlin**, 8. Okt. Auf das einige Vorgehen der Mächte in der Balkankrisis und auf die Hausse an der heutigen Wiener Vorbörse eröffnete die Börse in fester Stimmung zu fast durchweg gebesserten Kursen. Aber die Spekulation ging aus ihrer in den letzten Tagen beobachteten Zurückhaltung nur wenig heraus; infolgedessen bewegten sich die Umsätze und Kursbesserungen in engem Rahmen. Nur vereinzelt stellten sich auf dem Montanmarkte die Notierungen um mehr als 1 Proz. höher, so für Deutsch-Luxemburger und Gelsenkirchener. In Schiffahrtsaktien konnte man Meinungskäufe bemerken, welche eine Steigerung in diesen Werten bis zu 0,875 Proz. bewirkten. Auch für Otavi-Aktien trat heute wieder einiges Interesse hervor. Wesentlich höher waren ferner russische Bankaktien. Orientbahnen gewannen im Anschluß an Wien mehr als 2 Proz. Im späteren Verlaufe konnte die Aufwärtsbewegung Fortschritte im allgemeinen nicht machen, was zum Teil darauf zurückgeführt wurde, daß ein anfangs im Umlauf befindliches Gerücht von der beabsichtigten Demobilisierung Bulgariens von anderer Seite nicht bestätigt wurde; aber die Kurse konnten ihren erhöhten Stand gut behaupten. Türkenlose zogen sogar bemerkenswert an, dagegen litten Canada-Aktien unter schärferem Angebot. Das Geschäft blieb ruhig. Tägliches Geld war zu 3 Proz. angeboten. Bei der Seehandlung war Geld auf 5 Tage und bis zum 21. Okt. zu erhalten.

Gegen Schluß veranlaßte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Montenegro und der Türkei und das Anziehen des Privatdiskonts eine allgemeine Abschwächung. Industriewerte des Kassamarktes waren vorwiegend schwächer bei mäßigen Umsätzen. Vogtländische Maschinen waren 3,25, Akkumulatoren Hagen 3, Riedel 4 Proz. höher; dagegen Ludwig Loewe 4, Stettiner Chamotte Didier 4 Proz. niedriger.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter **Theodor Wiemeyer**, für den Anzeigen- und Reklameteil: **Nicola Jaeger**, beide in Münster.

Wichtig für Lungenleidende ist die Hebung ihres allgemeinen körperlichen Befindens. In „Rufete" bietet sich ihnen eine kräftigende und leicht verdauliche Nahrung, die mit diesen Eigenschaften auch Wohlgeschmack und den Vorteil vereint, sich durch Verbindung mit anderen Speisen, wie Suppen, Gemüsen 2c. jeder persönlichen Geschmacksrichtung anpassen zu lassen. Man fordere in Apotheken und Drogerien die Broschüre mit 104 „Rufete"-Kochrezepten, die gratis verabfolgt wird.

Weltberühmt!

Hildebrand's Kakao Schokolade

(neueste Marke: „Alsa").

Besonders empfehlenswert: Deutsche, Milch-, bittere Schokolade.

Staatsmedaille in Gold 1896!

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Marke Schwan)

In Verbindung mit dem modernen Bleichmittel **Seifix** gibt durch einmaliges viertelstündiges Kochen schneeweiße Wäsche, wie auf dem Rasen gebleicht. — Machen Sie einen Versuch!

„Seifix" bleicht fix!



Echt: Rinn's

Ob wir auch gleich herankommen beim Bäcker, Mutter? — „Das macht nichts aus! Unser Teig kann ruhig ein paar Stunden stehen. Ich habe ihn doch mit

»Backwunder«

dem Sicherheits-Backpulver angerührt

Da geht der Kuchen immer, wenn auch der Teig stundenlang gestanden hat!"

Bis Ende Oktober erscheinen Rinn's-Inserate zum 2. Preisausschreiben!

Wegen eines Neubaues

beabsichtige ich mein großes Lager in

Grabdenkmälern

möglichst bald zu räumen und gewähre auf Lagerdenkmäler

15 Prozent Rabatt.

Chr. Mosecker

Hüfferstrasse 22.

Fahrplanbuch

für Westfalen und die angrenzenden Bezirke mit Berücksichtigung des Fernverkehrs.

Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt durch die

Westfälische Vereinsdruckerei,

Münster (Westf.), Königstr. 59.

Pensionat

geleitet von den Schwestern der Genossenschaft I. M. J.

in

Millingen bei Cleve.

Gründlicher Unterricht in der deutschen, französischen und englischen Sprache, wie auch in allen in höheren Töchterschulen üblichen Fächern und in der Musik. Pensionspreis 200 Mk. Für schulentlassene Mädchen ein Fortbildungs- nebst Haushaltungskursus. Preis 300 Mk., Haushaltungs-Kursus. Preis 150 Mk.

Die regelmäßige Omnibusverbindung zwischen Millingen und Cleve erleichtert den Eltern den jederzeitigen Besuch ihrer Kinder.

Nähere Auskunft und Prospekte erteilt die Oberin der hochwürdige Herr Rektor J. v. d. Alker.

Osnabrücker Herbstrennen

am 13. Oktober 1912

nachmittags ½3 Uhr, auf der Ketterheide.

Sieben Rennen

4 Herren-Rennen

3 Hannoversche Halbblut-Flachrennen.

Vortrag mit Lichtbildern

des Herrn Privatdozenten **Dr. J. Popp**-München:

„Wie genießt und versteht man Naturschönheit? — im Anschluß an moderne Landschaftsmalerei und Naturpoesie

Sonntag, den 13. Okt., abends 6 Uhr

im **Gesellenhaus** (Regierungsstraße 21).

Mitglieder frei. — Nichtmitglieder, Damen wie Herren, willkommen. — Eintritt 50 Pfg.

Kath. Frauenbund Zweigverein Münster.

Kettelerheim, Bad Nauheim.

Kathol. Schwesternhaus nächst den Bädern.

Pensions-Aufzug. Elektr. Licht. Centralheizung.

Prospekt durch die Oberin.

„Klio"-Bleistift

mit Spitzer

D. R. P. ang. Aus feinstem Hartgummi.

Der beste Bleistift für alle Zwecke für den Schreibtisch u. für die Tasche.



Die Schutzhülse dient nicht allein zum Schutze der Bleimine, sondern auch zugleich zum Spitzen derselben, daher stets gespitzte Bleistifte sowohl auf dem Schreibtisch als auch in der Tasche. Der Bleistift hat den weiteren Vorteil, daß die Bleimine infolge einer besonderen Vorrichtung stets festsitzt.

8, 10 und 12 cm lang, 1 M. pro Stück.

Ueberall erhältlich. Kataloge, auch über „Klio"-Füllfederhalter, Füllfederstifte u. s. w. gratis und franko.

Klio-Werk, G. m. b. H., Hennef (Sieg) 71.

Größte u. leistungsfähigste Füllfeder-Spezialfabrik des Kontinents.

Holland-Amerika-Linie.

Wöchentlicher Passagierdienst

Rotterdam-New-York

mit allem Comfort der Neuzeit ausgestatteten neuen Riesendampfern von 13 000 bis 25 500 Tonnen.

Neuer Dreischrauben-Dampfer von 32 500 Tonnen im Bau. Bequeme Zugverbindungen aus der Provinz Westfalen über Wesel nach Rotterdam.

Auskunft u. Platzbelegung (nur Retourbillets) bei der Vertret. in Münster i. W. Ann.-Exp. E. Vendel, Ludgeristr. 12. Fernruf 1540.

Medizin-Bitter

von E. & O. Schützendorf, Düsseldorf

erfüllen die Kenner für den besten Magenbitter, der tatsächlich wirkt. In Flaschen ½ Ltr. M 3.—, ¼ Ltr. M 2.10, ½ Ltr. M 1.80, ¼ Ltr. M 1.—, ⅛ Ltr. M 0.60 und im Ausschank in Münster bei Aug. Brecht „Frankfurter Hof".

Habe mich in Münster als

Zahnarzt

niedergelassen.

Sprechstunden von 9 bis 1 u. 3 bis 6 Uhr.

H. Austrup,

prakt. Zahnarzt,

Aachenerstraße 1 part. Telephon 78 Nähe Kreuzschanze.

Berlin Terminus-Hotel

Neu! Beste Lage, Jetzt: Friedrichstr. 56 57, Ecke Leipziger Str. mäßige Preise. Zimmer mit Bad Besitzer: Rud. Trapp.

Schlachtviehpreise nach Lebendgewicht

auf Grund amtlicher Marktberichte zusammengestellt und nach eigenen telegraphischen Berichten berichtigt im Landes-Oekonomie-Kollegium, Berlin W., Königgrätzer Straße 12.

		Dresden	Leipzig	Breslau	Berlin	Magdeburg	Hannover	Hannover	Frankfurt a. M.	Mannheim	Stuttgart	Nürnberg	Köln a. Rh.	Münster i. W.	Hamburg	Altona
		am 1. 10.	am 2. 10.	am 2. 10.	am 7. 10.	am 1. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.	am 8. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.	am 7. 10.
Auftrieb:	Rinder	254	74	814	2221	431	477	672	504	308	95	540	1025		1138	640
	Kälber	216	81	605	946	252	230	269	328	46	66	254	1189		245	261
	Schafe	338	22	79	12965	219	845	761	981	423	278	429	1043		269	33
	Schweine	1464	624	1598	11749	1643	2927	3040	3405	1161	686	990	3600		1574	1284
Tendenz:	Rinder	ruhig	lebhaft	langsam	ruhig	langsam	langsam	langsam	langsam	langsam	mittel	mittel	langsam		lebhaft	mittel
	Kälber	lebhaft	lebhaft	lebhaft	ruhig	langsam	langsam	mittel	mittel	langsam	mittel	gut	schwach		langsam	lebhaft
	Schafe	lebhaft	lebhaft	langsam	langsam	langsam	langsam	mittel	mittel	mittel	mittel	langsam	langsam		—	mäßig
	Schweine	langsam	lebhaft	langsam	langsam	langsam	langsam	mittel	mittel	mittel	mittel	langsam	langsam		rege	mittel

	Schlachtgewicht, auf 100 Pfd. Lebendgew.	Dresden	Leipzig	Breslau	Berlin	Magdeburg	Hannover	Hannover	Frankfurt a. M.	Mannheim	Stuttgart	Nürnberg	Köln a. Rh.	Münster i. W.	Hamburg	Altona
I. Rinder:																
A. Ochsen:																
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes (die nochmals prämiierten)		51—53	—	49—52	50—53	51—52	52—54	53—57	54—55	54—56	53—55	50—57	46—50	—	54—56	52—57
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren		—	—	—	—	45—51						43—45	—	54—56	53—54	50—52
c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete		—	45—47	—	45—48	39—44	45—48	45—47	43—49	47—51	45—51	43—44	42—47	50—52	52—53	47—51
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere		47—49	46—48	45—46	45—47	—	39—44	41—45	43—44	43—44	43—45	38—40	38—41	47—49	48—50	43—49
B. Bullen:																
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes		48—49	46—48	46—48	46—48	45—48	50—54	52—54	52—57	49—52	52—54	50—52	47—50	50—52	49—51	—
b) vollfleischige, jüngere		44	43—44	44—46	43—46	44—45	45—50	46—49	50—51	44—45	46—49	45—47	43—45	47—49	45—50	44—48
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere		42—43	40—42	39—41	39—42	37—42	42—45	43—46	39—46	42—43	36—40	38—42	37—43	—	47—48	38—40
C. Färsen (Kalbern) und Kühe:																
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes		50	—	—	46—49	—	47—51	49—52	50—53	52—53	50	50—51	47—49	48—50	48—52	51—53
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren		47	42—43	—	43—47	45—48	45—51	46—48	47—51	46—47	47—48	45—46	43—45	45—47	47—48	47—49
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen		43—45	38—42	38—44	37—40	38—41	40—44	38—43	42—46	40—42	42—45	40—42	38—42	43—45	43—47	42—46
d) mäßig genährte Kühe und Färsen		40—42	35—38	34—38	32—35	34—38	35—39	35—38	40—42	38—40	42—45	38—39	37—39	41—43	42—45	41—43
e) gering genährte Kühe und Färsen		40—42	—37	32—34	—32	30—34	—	—	36—38	35—36	38—42	35—38	37—38	38—40	39—41	38—40
D. Wenig entwickelte Jungrinder (Fresser):		42—43	—	—	—	32—38	—	—	—	33	—	—	—	36—38	—	—
II. Kälber:																
a) Doppellender feinster Mast		73	85	—	—	78—80	78—82	80—85	—	—	—	—	—	78—81	—	—
b) feinste Mastkälber		69—64	65—68	74—75	—	73—77	72—77	—	75—76	73—75	73—75	68—69	—	77—78	77—78	74—77
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber		60	57—58	68—70	70—68	68—72	68—71	69—72	69—73	68—69	68—69	66—68	66—68	74—76	73—74	73—74
d) geringere Mast- und gute Saugkälber		57	49—50	55—62	54—57	56—64	56—67	65—69	65—68	64—66	58—60	58—62	58—64	69—72	70—72	69—72
e) geringe Saugkälber		49—54	—	46—54	45—48	44—52	45—61	49—52	50—57	52—56	56—57	52—57	49—58	64—68	68—69	66—68
III. Schafe:																
A. Stallmastschafe:																
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel		35	36—38	—	47—50	45—46	45—49	45—48	47—50	45—46	46—47	—	—	—	—	—
b) ältere Masthammel, jüngere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe		45—46	43—46	—	39—43	38—39	—	38—42	44—45	42—43	43—44	—	—	—	43—44	—
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)		43—44	38—37	—	36—38	34—36	—	36—38	38—43	38—39	38—42	38—39	—	—	37—39	—
B. Weidemastschafe:																
a) Mastlämmer		—	—	—	—	42—44	—	—	—	—	—	42—43	38—43	—	—	—
b) geringere Lämmer und Schafe		—	—	36—43	—	38—39	—	—	—	—	—	38—39	39—39	43—44	—	—
IV. Schweine:																
a) Fettschweine, über 300 Pfund Lebendgewicht		58—59	70—73	72	69	—	68—72	—	—	—	—	—	60—67	—	—	—
b) vollfleisch. Schweine v. 240—300 Pfd. Lbdgwt.		58—60	67—68	68—69	66—67	66—70	68—71	—	—	—	—	—	60—67	—	—	—
c) vollfleisch. Schweine v. 200—240 Pfd. Lbdgwt.		57—61	66—68	68—69	63—66	63—68	66—68	—	—	—	—	—	60—67	—	—	—
d) vollfleisch. Schweine v. 160—200 Pfd. Lbdgwt.		56—60	64—66	66—68	61—64	61—64	63—66	—	—	—	—	—	60—67	—	—	—
e) vollfleischige Schweine unter 160 Pfd. Lbdgwt.		54—58	60—66	64—66	58—61	58—61	60—63	—	—	—	—	—	60—67	—	—	—
f) Sauen		45—51	53—60	57—60	51—54	50—54	55—60	—	—	—	—	—	54—64	—	—	—
a) Fettschweine, über 300 Pfund Lebendgewicht		—	—	—	66	66	—	68—70	64—66	68	68—69	62—63	65—67	—	—	—
b) vollfleisch. Schweine v. 240—300 Pfd. Lbdgwt.		—	—	—	65—66	65—66	66—67	66—68	63—65	66—67	66—68	60—62	65—67	—	—	—
c) vollfleisch. Schweine v. 200—240 Pfd. Lbdgwt.		—	—	—	62—63	62—64	64—65	64—66	61—63	64—65	65	57—60	63—65	—	—	—
d) vollfleisch. Schweine v. 160—200 Pfd. Lbdgwt.		—	—	—	59—61	59—61	61—63	61—64	58—60	61—63	62—64	54—57	61—63	—	—	—
e) vollfleischige Schweine unter 160 Pfd. Lbdgwt.		—	—	—	56—58	56—58	58—60	58—61	55—57	58—60	59—61	51—54	58—61	—	—	—
f) Sauen		—	—	—	54—56	53—56	56—58	56—58	53—54	56—58	56—58	48—51	56—58	—	—	—

Marktbericht ist nicht eingetroffen.

Insoweit nicht Marktnotierungen nach Lebendgewicht vorliegen, sind die Schlachtgewichtspreise auf Lebendgewicht umgerechnet. Soweit die obigen Preisangaben durch Umrechnung amtlicher Schlachtgewichtspreise ermittelt und daher mit den amtlichen Feststellungen der Lebendgewichtspreise nicht ohne weiteres vergleichbar sind, sind dieselben in Kursivzahlen angegeben. Für Schweine sowohl die Preise für reines Lebendgewicht, soweit solche amtlich festgestellt werden, als auch für Schlachtgewicht dem Lebendgewicht abzüglich einer festen Tara von 20—23 v. H. entsprechend.

*) Kälbernotiz vom 8. 10. 1912. — **) Kälbernotiz vom 1. 10. Schweinenotiz vom 4. 10. — †) Kälber- und Schafnotiz vom 3. 10. — ††) Kälbernotiz vom 4. 10.